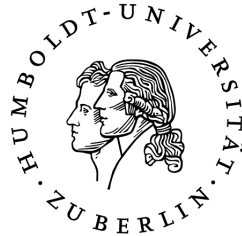


HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN  
INSTITUT FÜR BIBLIOTHEKS- UND INFORMATIONSWISSENSCHAFT



BERLINER HANDREICHUNGEN  
ZUR BIBLIOTHEKS- UND  
INFORMATIONSWISSENSCHAFT

HEFT 232

**OPEN ACCESS ALS ALTERNATIVE PUBLIKATIONSFORM FÜR  
DIE DEUTSCHE POLITIKWISSENSCHAFT**

**ARGUMENTE UND STRATEGIEN**

VON  
BENJAMIN VAUTECK



**OPEN ACCESS ALS ALTERNATIVE PUBLIKATIONSFORM FÜR  
DIE DEUTSCHE POLITIKWISSENSCHAFT**

**ARGUMENTE UND STRATEGIEN**

**VON  
BENJAMIN VAUTECK**

---

Berliner Handreichungen zur  
Bibliotheks- und Informationswissenschaft

Begründet von Peter Zahn  
Herausgegeben von  
Konrad Umlauf  
Humboldt-Universität zu Berlin

Heft 232

## **Vauteck, Benjamin**

Open Access als Alternative Publikationsform für die deutsche Politikwissenschaft : Argumente und Strategien / von Benjamin Vauteck. – Berlin : Institut für Bibliotheks- und Informationswissenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin, 2008. – 66 S. – (Berliner Handreichungen zur Bibliotheks- und Informationswissenschaft ; 232)

Zugl.: Berlin, Humboldt-Univ., Masterarbeit, 2007

ISSN 14 38-76 62

### **Abstract:**

Die vorliegende Arbeit schildert die Herausforderungen und besonderen Möglichkeiten bei der Vermittlung des Publizierens per Open Access am Beispiel der deutschen Politikwissenschaft. Ausgehend von einer qualitativen Befragung am politikwissenschaftlichen Institut der Universität Jena wird der allgemeine Kenntnisstand sowie die Einschätzung von Problemen beim Publizieren über Open Access, aber auch die Einstellung zu den Unzulänglichkeiten des bisherigen Publikationssystems, erörtert. Ein spezifisches Argument für Open Access in der Politikwissenschaft als Demokratiewissenschaft wird entwickelt und bei der Befragung getestet. Wesentliches Ergebnis der Arbeit ist, dass eine Strategie für Open Access in der Politikwissenschaft v.a. am PDF als printanalogem Dateiformat und am hybriden Publizieren orientiert sein sollte und dass die Politikwissenschaft eine besondere Affinität zum Publizieren durch Open Access hat, aber sie als (auch) „gewöhnliche“ akademische Disziplin nicht überstrapaziert werden sollte. Eine Vermittlungsstrategie für Open Access sollte generell verstärkt an einer weiter zu analysierenden spezifischen Kultur elektronischen Publizierens in der Politikwissenschaft als einer Sozial- und Geisteswissenschaft orientiert sein.

Diese Veröffentlichung geht zurück auf eine Master-Arbeit im postgradualen Fernstudiengang Master of Arts (Library and Information Science) an der Humboldt-Universität zu Berlin im Sommersemester 2007.

Online-Version: <http://www.ib.hu-berlin.de/~kumlau/handreichungen/h232/>

## **Vorwort**

Die Idee zu dieser Arbeit kam mir, als mich ein Student in einem politikwissenschaftlichen Hauptseminar fragte, ob er meine online in den OPUS-Server eingestellte Dissertation herunterladen und zitieren dürfe. Außerdem wollte ich gerne eine Arbeit schreiben, in der ich das Fach Politikwissenschaft, mit dem ich mich fast zehn Jahre beschäftigt hatte, quasi von »außen« betrachten und der Frage nachgehen konnte, wie das, was da in jahrelanger mühevoller Forschung entsteht, besser zugänglich gemacht werden könnte.

Dank gebührt den Angehörigen des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Jena, die sich manchmal bis zu zwei Stunden lang von mir interviewen ließen, sowie Dr. Eric Steinhauer und Dr. Uwe Glatz für weiterführende Hinweise. Meiner lieben Barbara Vetter sei wie immer für intensives Korrekturlesen gedankt.

Berlin, im März 2008

Benjamin Vauteck



# Inhaltsverzeichnis

<b>0</b>	<b>Einleitung: die unterschiedlichen Dimensionen von Open Access und die fachwissenschaftliche Fragestellung</b>	<b>9</b>
<b>1</b>	<b>Vorüberlegung: Die zwei Kulturen elektronischen Publizierens in den STM-Disziplinen und den Geistes- und Sozialwissenschaften</b>	<b>17</b>
<b>2</b>	<b>Die Publikationskultur in der deutschen Politikwissenschaft: Ausgangslage und Einstellungen zu Open Access</b>	<b>23</b>
2.1	Die Ausgangslage in der Politikwissenschaft: Fachstruktur und Publikationsorgane . . . . .	23
2.2	Open Access: Was ist das eigentlich? . . . . .	26
2.3	Eine Monographienkrise? . . . . .	28
2.3.1	Publizieren im kommerziellen Verlag: ein Gefangenendilemma? . . . . .	28
2.3.2	Open Access als Alternative? . . . . .	33
2.4	Keine Experimente? Über die neuen Möglichkeiten bei der elektronischen Textgestaltung . . . . .	37
2.5	Retrieval aus dem Internet und die Veränderung der Fachkultur durch elektronisches Publizieren . . . . .	40
<b>3</b>	<b>Spezifische Argumente für Open Access in der deutschen Politikwissenschaft</b>	<b>45</b>
3.1	Die externe Perspektive: Der gesellschaftliche Auftrag an die deutsche Politikwissenschaft als Demokratiewissenschaft . . . . .	45
3.2	Die interne Perspektive: Open Access als möglicher Gegenstand für politikwissenschaftliche Forschung . . . . .	48
3.3	Die Politikwissenschaft zwischen interner und externer Perspektive: Reaktionen der Jenaer Politikwissenschaftler . . . . .	51
<b>4</b>	<b>Schlussbetrachtung: Ausgangspunkte für die Vermittlung von Open Access in der deutschen Politikwissenschaft</b>	<b>57</b>
	<b>Literaturverzeichnis</b>	<b>61</b>





# 0 Einleitung: die unterschiedlichen Dimensionen von Open Access und die fachwissenschaftliche Fragestellung

[...] [A]cademic publishing is one part of a system of highly interdependent components. Change one component [...] and system-wide effects follow. Hence if we want to be practical we have to consider how to deal with the whole system.

---

Willard McCarty

Wir können uns [...] immer nur auf die Zukunft des wissenschaftlichen Publizierens in gänzlich *verschiedenen* wissenschaftlichen Disziplinen beziehen, in denen die jeweils zu beobachtenden Tendenzen oft unterschiedlich sind und den Entwicklungen in anderen Wissenschaftsbereichen gegebenenfalls zuwiderlaufen können.

---

Johannes Fournier (2005a, 281)

Der Begriff »Open Access« ist schon seit längerer Zeit im deutschen wie auch im internationalen Bibliothekswesen in aller Munde und ist aus der allgemeineren Fachdebatte nicht mehr wegzudenken. Open-Access-Initiativen wie etwa die *Budapest Open Access Initiative* (BOAI) oder die sogenannte »Berliner Erklärung« haben die Thematik in Wissenschaftskreisen und streckenweise auch in der breiteren Öffentlichkeit wesentlich bekannter gemacht. Die DFG fördert Open Access schon seit Jahren. Auch die EU ist kürzlich auf dieses Themenfeld aufmerksam geworden und will es entsprechend unterstützen.

Hervorgegangen ist die Open-Access-Bewegung aus dem Wunsch, den stark gestiegenen Preisen bei der wissenschaftlichen Informationsversorgung zu begegnen und eine Alternative zu den zunehmend als absurd erlebten universitären Informationsversorgungsstrukturen zu entwickeln.

Der Begriff »Open Access«, so wie er in den Fachdebatten benutzt wird, ist dabei fast immer normativ aufgeladen. Es geht um die Konkurrenz zur herkömmlichen verlagsbezogenen Publikationsstruktur, die als verfehlt betrachtet

wird. Einer der bedeutendsten und am längsten tätigen Aktivisten, Steven Harnad, bemerkt etwa, dass für den wissenschaftlichen Autoren das überkommene Verlagsmodell mit einem Verzicht auf das Copyright zugunsten des Verlages im Gegenzug für die Publikation des eigenen Werkes einem »Faustian bargain« gleichkomme. Denn im Gegensatz etwa zu einem »trade author« ist der Wissenschaftler als »esoteric author« nicht daran interessiert, dass der Verlag die Verbreitung des Werkes kontrolliert und einschränkt, um etwaige Einkünfte zu sichern. Der Wissenschaftler will (und kann) von der Verbreitung seiner Publikationen nicht leben – zum einen ist er öffentlich finanziert und zum anderen sind die Auflagen so gering, dass er an der Publikation nichts verdient, sondern sie zumeist sogar selber finanzieren muss. Vielmehr geht es dem Wissenschaftler um eine möglichst breite und ungehinderte Verbreitung seiner Werke, und genau das wird, so Harnad, beim bisherigen verlagsgebundenen System verhindert. Die durch Verlage erstellten Bücher reduzieren den Leserkreis sogar noch weiter durch hohe Preise für die Bücher, was grundsätzlich den Interessen der Wissenschaftler zuwider läuft: »[...] the need to pay a ticket at the door was the last thing an esoteric author would have wanted to impose by way of a deterrent for his already minuscule potential readership.« (Harnad 1995)

Auch andere Autoren der Open-Access-Bewegung heben darauf ab, dass die Publikationslogiken der wissenschaftlichen Autoren und die der Verlage unterschiedlich sind und dies zu Lasten ersterer wie auch der öffentlichen Hand geht.

Für Klaus Graf etwa läuft das bisher etablierte Publikationssystem auf eine »Vierfachsubventionierung« des wissenschaftlichen Publizierens durch die öffentliche Hand hinaus. So werden 1.) die Arbeitskosten und Recherchekosten der Wissenschaftler, die zumeist bezahlte Mitarbeiter von Universitäten sind, öffentlich subventioniert, 2.) Redaktionsarbeiten meistens ebenfalls durch öffentlich bezahlte Wissenschaftler geleistet (Verlage übernehmen kaum noch Lektorat und Layout-Arbeiten), 3.) für die Publikation dann hohe Druckkostenzuschüsse aus öffentlichen Geldern bezahlt; und schließlich werden 4.) die Bücher dann durch öffentlich finanzierte Bibliotheken wieder teuer von den Verlagen zurückgekauft. Für Graf ist der einzig denkbare Ausweg nur ein grundsätzlicher Wandel, denn »der Wurm sitzt tief [...] im System« (Graf 2004, 68).

Gerhard Schneider kommt zu einem ähnlichen Ergebnis. Beim wissenschaftlichen Publikationswesen finde – im Gegensatz zum den Marktrisiken ausgesetzten kommerziellen Publikationswesen – eine »Umwandlung von Steuermitteln in Aktionärs Gewinne ohne Risiko« statt, was völlig an den Interessen der Wissenschaft und der öffentlichen Hand vorbeigehe (Schneider 2004).

In diese Richtung argumentiert schließlich auch die *Commission on Cyberinfrastructure for Humanities and Social Sciences* des *American Council of Learned Societies*. Inzwischen hätten sich die »prestige economy for scholars«, die »cash economy for publishers« und die »subsidy economy, primarily for libraries« so weit voneinander entfernt, dass das Gesamtsystem der wissenschaftlichen Kommunikation in seiner Funktionsweise beeinträchtigt werde: »the system of scholarly communication is not working – [...] parts of it are broken, or breaking [...].« Das

wissenschaftliche Publikationswesen sei jetzt hauptsächlich »a financial rather than an intellectual enterprise«; es »has lost sight of its mission« (ACLS 2005, 29f).

Was Open Access als Alternative zum bisherigen Publikationsmodell konkret bedeutet, ist zwar im einzelnen je nach Anwendungsfeld leicht unterschiedlich konnotiert, kann aber im Wesentlichen auf den gemeinsamen Nenner gebracht werden, dass es sich dabei um einen grundsätzlich kostenfreien und öffentlichen Zugang zu den Ergebnissen wissenschaftlicher Forschung handelt, und zwar zu Volltexten, die über das Internet heruntergeladen und kopiert werden dürfen. »The most important element by far«, so Peter Suber, ein weiterer wichtiger Open-Access-Aktivist, »is that open-access literature is available online free of charge.« (Suber 2003) Dabei bleibt der Urheberrechtsschutz der Autoren bestehen: diese müssen einer Open-Access-Publikation grundsätzlich zustimmen und sie müssen nach den herkömmlichen Regeln bei einem Zitat mit ihrem Namen erwähnt werden.<sup>1</sup>

In ihrer aktuellen Verbreitung sind Open-Access-Angebote im Wesentlichen in vier »Spielarten« anzutreffen: *individual self-archiving*, bei dem Autoren Content selbst auf ihrer Homepage einstellen und zugänglich machen, *institutional self-archiving*, bei dem der Content auf den Seiten eines fachwissenschaftlichen Instituts eingestellt wird, *central self-archiving*, bei dem Content in überregionalen Facharchiven eingestellt wird (etwa ein Portal für eine Fachwissenschaft in Deutschland), und schließlich die Publikation über eigens eingerichtete Open-Access-Zeitschriften analog zum bisherigen Verlags-Modell.

Open Access bedeutet nicht, dass für den Autoren eines Artikels oder einer Monographie keine Kosten entstehen. Die Kostenstruktur ist nur anders verteilt als bei der herkömmlichen Publikationsart. Für die Rezipienten entstehen grundsätzlich keine Kosten (wenn man von den Kosten für den Online-Zugang einmal absieht), sondern die Aufwendungen für das wissenschaftliche Publizieren verbleiben gänzlich beim Autor (oder der Institution, der er angehört).

Es gibt auch Mischformen des Publizierens zwischen Open Access und dem herkömmlichen Modell. So bezeichnet die sogenannte »Green Road« ein hybrides Publikationsmodell, bei dem zusätzlich zu einem Verlagsangebot noch Zugriffsmöglichkeit über Open Access angeboten wird. Verlage, die so etwas gestatten, sind in der sog. SHERPA-Liste aufgeführt. Angebote über die sog. »Golden Road« sind dagegen reine Open-Access-Angebote. Solche reinen Open-Access-Zeitschriften sind im *Directory of Open Access Journals* (DOAJ) aufgelistet. Das bekannteste Open-Access-Angebot bei Monographien dürften über Hochschulschriftenserver online publizierte Dissertationen sein.<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup>Vgl. z. B. Schirnbacher (2005c, 3f); für weitere einschlägige Darstellungen, Klärungen und Definitionen siehe u. a. DFG (2005, 40f) und Bailey (2005, xvi).

<sup>2</sup>Für einen guten Überblick über die verschiedenen Erscheinungsformen des Open Access siehe z. B. Woll (2005a, 140ff) und Schmidt (2006).

Zu den Begrifflichkeiten des Open Access und seiner einzelnen Ausprägungen gibt es mittlerweile eine so reichhaltige Literatur, dass man fast schon von einer eigenen Scholastik des Open Access sprechen könnte. Unter dem Eindruck der immer noch äußerst mangelhaften Verbreitung von Open Access hat man sich in den letzten Jahren verstärkt mit der Frage beschäftigt, wie man die Akzeptanz von Open Access in Forschung und Wissenschaft befördern könnte.

Die in Deutschland wichtigste Studie ist dabei zweifelsohne die Studie der DFG *Publikationsstrategien im Wandel?* von 2005, die sehr breit angelegt war und in der über 2000 Wissenschaftler aus den unterschiedlichen Fachdisziplinen über ihr Publikationsverhalten und ihren Einstellungen zu Open Access mittels der Auswertung von Fragebögen ermittelt wurden (DFG 2005).<sup>3</sup> Ein Ergebnis der Studie war, dass die Verbreitung von Open Access in den STM-Disziplinen, also *Science, Technology, and Medicine*, signifikant höher ist als in den Geistes- und Sozialwissenschaften, sowohl was die Publikation über Open Access, als auch was die Rezeption von Open-Access-Publikationen angeht; allerdings war die Verbreitung von Open Access über alle Disziplinen niedrig.

Eine der wichtigsten Empfehlungen der Studie war, Open-Access-Angebote jeweils spezifisch auf die einzelnen Fachdisziplinen und deren besondere Bedürfnisse auszurichten. Dies wurde nochmals in einem auf die Situation in den Geistes- und Sozialwissenschaften ausgerichteten Positionspapier betont, in dem es heißt, dass »erfolgversprechende Strategien gezielt nur unter Berücksichtigung der spezifischen – und eben divergierenden – Fächerbedürfnisse entwickelt werden [können].« Dabei wird v. a. auf eine Unterscheidung der unterschiedlichen Bedürfnisse für die Disziplinen des STM auf der einen und die geistes- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen auf der anderen Seite geworben: »Für ›Journal-orientierte‹ Fächer, in deren Publikationskultur der »kurze« Artikel eine ebenso zentrale Rolle spielt wie die Aktualität der Veröffentlichung, wird etwa die – für die Geisteswissenschaften relevante – Frage nach der Umsetzung elektronischer Monographien in die zweite Reihe gerückt werden können.« (DFG 2006) Die DFG empfiehlt hierbei v. a. auch, spezifisch auf die einzelnen Anwendungsbedingungen in einzelnen Fachdisziplinen einzugehen.

Trotz dieser klaren Empfehlungen existieren bislang keine fachspezifischen Arbeiten in diese Richtung – weder von der DFG selber noch von anderen Autoren. Zwar gibt es Arbeiten, die sich jeweils mit den allgemeineren Voraussetzungen einzelner Wissenschaftszweige auseinandersetzen, keine davon konzentriert sich jedoch spezifisch auf ein einziges Fach.

Ziel dieser Arbeit ist es, am Beispiel der deutschen Politikwissenschaft eine solche fachspezifische Untersuchung durchzuführen. Das Interesse an der Politikwissenschaft ist subjektiv im wissenschaftlichen Werdegang des Autors begründet, hat aber auch ihre objektive Rechtfertigung. So kann die Politikwissenschaft in ihrer Stellung zwischen Geistes- und Sozialwissenschaften als besonders repräsentativ für dieses weite und diverse Feld angesehen werden. Darüber

---

<sup>3</sup>Für eine ähnliche Studie in den USA siehe Swan und Brown (2003).

hinaus ist in ihr wie in anderen Geistes- und Sozialwissenschaften Open Access unterdurchschnittlich bekannt und verbreitet; es besteht also besonders konkreter Handlungsbedarf. Schließlich besteht im Fach Politikwissenschaft ganz spezifisch die Möglichkeit, die Open-Access-Debatte direkt auf Diskussionen zu beziehen, wie sie innerhalb des Faches geführt werden – etwa in Hinsicht auf Digitale Demokratie und gerechtigkeits-theoretische Überlegungen zum Zugang zu politisch relevanter Information.

Die Konzentration auf die *deutsche* Politikwissenschaft ermöglicht es, die Argumentation genauer auf bestimmte Anwendungsbedingungen auszurichten, wie sie nur für die deutsche Politikwissenschaft gelten: ihre grundlegende Anlage als eine »Demokratiewissenschaft« mit einer spezifischen Rolle innerhalb des politischen Gemeinwesens. »Die spezifisch deutschen Verhältnisse«, so der Politikwissenschaftler Jürgen Ernst, haben zu einer »funktional spezifisch deutschen Politikwissenschaft« geführt (Ernst 1994, 132) und in dieser Arbeit soll gezeigt werden, inwieweit dies für eine Argumentation für Open Access berücksichtigt werden kann (und sollte).

Bisher liegt zu der hier skizzierten Fragestellung keine spezifische Literatur vor. Nicht nur bei Publikationen aus dem Open-Access-Lager fehlt bisher ein fachspezifischer Ansatz. Auch wissenschafts- oder wissenssoziologische Ansätze fehlen bisher. Wissens- und Wissenschaftssoziologen beschäftigen sich zwar mit innerwissenschaftlichen sozialen Prozessen, die Publikationskultur der einzelnen Fächer bleibt aber weitgehend ausgeklammert.<sup>4</sup>

Wegen dieses Mangels an vorhergehenden Studien ist diese Arbeit als eine Art Pilotstudie zu betrachten, in der erst die Grundlagen für eingehendere Untersuchungen gelegt werden können.

Eine erste methodische Grundidee ist, auf die Gesamtheit des Publikationsprozesses abzielen und das Phänomen des Open Access nicht isoliert zu betrachten. Im Sinne des Informatikers und Leiters des Rechenzentrums der Humboldt Universität Berlin, Peter Schirmbacher, soll die gesamte Kultur des wissenschaftlichen Publizierens berücksichtigt werden, d.h. »die Gesamtheit der Verhaltensweisen des Zusammenwirkens der in den Publikationskreislauf involvierten Menschen als auch die dabei geltenden Regeln [...]« (Schirmbacher 2005a, 19) Die spezifischere »Kultur des elektronischen Publizierens« (Schirmbacher 2005a, 20), wie sie dem Publizieren über Open Access zugrunde liegt, soll dabei im steten Zusammenhang mit der bisher üblichen Publikationspraxis analysiert werden.

---

<sup>4</sup>In Hubert Knoblauchs wissenssoziologischem Überblickswerk wird diese Thematik z. B. nur *en passant* gestreift (Knoblauch 2005). Der Soziologe Kajetan Hinner hat die Studie *Wissenschaft im Zeitalter des Internet* vorgelegt, die auch spezifischere Aussagen für den Bereich der Sozialwissenschaften trifft. Auf die Publikationskultur der einzelnen Fächer geht er jedoch nicht ein, und das Thema Open Access bleibt völlig ausgeblendet (Hinner 2003). Trotz des vielversprechenden Titels *Das INTERNET: Globale Veränderungen in der politikwissenschaftlichen Forschung* bezieht sich auch Wilson (2005b) nicht auf die Politikwissenschaft.

Eine zweite methodische Leitlinie besteht darin, den Mainstream des Faches konsequent zum grundlegenden Bezugspunkt zu machen. Dies deshalb, da die Erscheinungsform des Open Access so peripher ist, dass sich aus dem jetzigen Entwicklungsstand kaum Linien für eine generelle Änderung des Publikationssystems ableiten lassen. Hauptsächlichlicher Ansatzpunkt muss der Mainstream-Wissenschaftler sein und eine Ergründung der Ausgangslage, von der aus er »abgeholt« werden muss. Ich teile hier Bo-Christer Björks Ansicht, dass es bei Open Access noch keine »critical mass« gibt und Open Access nur bei nicht repräsentativen »sub-communities of scientists« eine bedeutsame Rolle spielt (Björk 2004).

Diese Arbeit ist nicht als Bestandsaufnahme der Open-Access-Initiativen bei der deutschen Politikwissenschaft oder der Verbreitung von Open Access bei der Publikation konzipiert, da diese gerade ein Randphänomen innerhalb der Fachkultur darstellen. Hauptgegenstand der Überlegungen sind vielmehr Experteninterviews, die ich mit zehn Politikwissenschaftlern an der Universität Jena durchgeführt habe – pro Teilgebiet wurde jeweils ein Vertreter aus dem Mittelbau und ein Professor befragt. Dies kann natürlich nicht zu einer Differenzierung der Ergebnisse nach Teilgebieten führen, sondern dient vielmehr nur einer möglichst breiten Fächerung in der Gruppe der Befragten. Die Fragen orientierten sich dabei zum einen am von der DFG (2005) verwendeten Fragen zum Publikationsverhalten und zur Einstellung gegenüber Open Access, wurden aber von mir um einige spezifischer Punkte erweitert, v. a. was die Anwendungsbedingungen für die Politikwissenschaft als Geistes- und Sozialwissenschaft sowie die gesamtgesellschaftliche Rolle der Politikwissenschaft angeht. Mein Vorgehen bei den Interviews war dabei qualitativ und zielte auf eine Interpretation typischer und verallgemeinerbarer Aussagen der Interviewpartner statt auf Häufigkeit und Repräsentativität. Diese Methode war nicht nur aufgrund der geringen Anzahl von Befragungen, die ich in der gebotenen Zeit durchführen konnte, notwendig. Sie bot nämlich auch die Möglichkeit, auf individuelle Kenntnis und Unkenntnis der jeweiligen Wissenschaftler einzugehen, diese überhaupt erst festzustellen sowie flexibel zuvor nicht vermutete Einstellungen aufzuzeichnen, wie es ein von Open-Access-Experten entworfener quantitativer Fragebogen nicht vermag.

Diese Interviews können insofern einen Einblick in die Publikationspraxis der deutschen Politikwissenschaft geben, da das Jenaer Institut von Größe und Ausrichtung typisch für die deutsche Politikwissenschaft ist, jedes Teilgebiet der Politikwissenschaft berücksichtigt werden konnte und zudem die Alters- und Stellenstruktur gut vertreten ist (je zur Hälfte Professoren und Mittelbau). Mit der Durchführung eines Interviews mit Wissenschaftlern vor Ort wird auch der von der DFG ausgesprochenen Empfehlung nachgekommen, sich direkt mit Wissenschaftlern auseinanderzusetzen und diese im gesamtuniversitären Kontext zu berücksichtigen (siehe z. B. Fournier 2005a, 293).

Die Arbeit ist wie folgt strukturiert:

Im ersten Kapitel wird kurz ausgeführt, dass die Open-Access-Bewegung insbesondere im Bereich der STM-Disziplinen verortet ist und von der spezifischen Publikationskultur in diesem Bereich geprägt ist. Unterschiede zu den Geistes- und Sozialwissenschaften und die daraus resultierenden grundlegenden Probleme bei der Vermittlung von Open Access in diesem Gebiet werden kurz beleuchtet. Es wird die These aufgestellt, dass man bei Open Access eigentlich von »zwei Kulturen des elektronischen Publizierens« ausgehen sollte.

Gegenstand des zweiten Kapitels sind die Ergebnisse aus meiner Befragung der Jenaer Politikwissenschaftler hinsichtlich ihres Publikationsverhaltens und ihrer Einstellungen zu Open Access. Jeweils gesondert wird die Publikation von Monographien, das Retrieval von Artikeln aus dem Internet und die Einstellungen zu den erweiterten Textgestaltungsmöglichkeiten durch elektronisches Publizieren beleuchtet.

Im dritten Kapitel wird zunächst ein normatives Argument für Open Access entwickelt, das auf die Politikwissenschaft ausgerichtet ist, zum einen auf ihre Rolle als »Demokratiewissenschaft« im politischen System der Bundesrepublik Deutschland und zum anderen auf eine mögliche Integration der Thematik in politikwissenschaftliche Fachdebatten. Einstellungen der Jenaer Politikwissenschaft zu dieser Argumentation sowie die Verortung solcher Argumentationen im gesamtuniversitären System werden dann erörtert.

Im Schlusskapitel werden die Ergebnisse der Arbeit gebündelt und Empfehlungen für eine fachspezifische Vermittlungsstrategie gegeben.





# 1 Vorüberlegung: Die zwei Kulturen elektronischen Publizierens in den STM-Disziplinen und den Geistes- und Sozialwissenschaften

Die Open-Access-Bewegung hat ihren Ausgangspunkt nicht in den Geistes- und Sozialwissenschaften. Zwar war eine der ersten Maßnahmen, die man als Open Access bezeichnen könnte, die freie Zugänglichmachung des *Education Resources Information Center* (ERIC) durch das US-amerikanische Bildungsministerium (siehe dazu Banks), aber der Schwerpunkt der Bemühungen um Open Access liegt eindeutig im Bereich der STM-Disziplinen.

Dies liegt im Wesentlichen daran, dass besonders in diesem Bereich frühzeitig ein Handlungsdruck durch die problematische Entwicklung der Preise für die wissenschaftliche Informationsversorgung entstanden war. Schon seit den 1960er Jahren hatten die Zeitschriftenverlage bemerkt, dass besonders mit naturwissenschaftlichen und medizinischen Zeitschriften viel Geld verdient werden konnte, und hatten die Preise sukzessive erhöht; schon Mitte der 1970er Jahre tauchte der Begriff der »Zeitschriftenkrise« zum ersten Mal auf (Wilson 2005a, 29). Mit den Möglichkeiten des Internet, das gerade für die Forschungsinteressen im Bereich der STM-Disziplinen und dem Bedürfnis nach einer raschen und ungehinderten Informationsverbreitung über Arbeitsteams hinweg eine große Wirkung hatte, kam dann ab Ende der 1980er Jahre die Idee auf, das neue Medium für eine Verbesserung des wissenschaftlichen Publikationswesens zu nutzen. Mitte der 1990er Jahre gründeten sich die ersten Open-Access-Initiativen im Bereich der STM-Disziplinen (vgl. Andermann 2004, 2). Viele der ersten und bis heute einflussreichen Aktivisten stammen aus dem Bereich der STM, wie etwa Peter Suber oder Peter Harnad.

Den von Open-Access-Aktivisten vorgelegten Studien ist die Herkunft aus dem Bereich der STM-Disziplinen deutlich anzumerken. So steht die Zeitschriftenliteratur aus den STM-Fächern im Mittelpunkt des Interesses; die Fachorgane der Geistes- und Sozialwissenschaften sowie die in diesen Disziplinen weitaus wichtigeren Monographien bleiben ausgeblendet. Stevan Harnad etwa sieht den Begriff des Open Access überhaupt eng gekoppelt an die freie Verbreitung von Zeitschriftenliteratur, indem er ihn als »the homologous term (uncontested) for

the journal article literature« bezeichnet (in McCarty).<sup>1</sup> Auch Peter Suber hat nur die STM-Disziplinen im Blick, wenn er über Open Access spricht (Suber 2003).

Zwar hat sich das teilweise von Verlegerseite angekündigte Ende der wissenschaftlichen Monographie (siehe z. B. Arnold 1993) im Bereich der STM-Disziplinen nicht eingestellt. Dies hat jedoch nicht dazu geführt, dass man sich in Open-Access-Kreisen mit Monographien auseinandersetzen würde. Auch bei neueren Untersuchungen stehen Zeitschriften aus den STM-Disziplinen im Mittelpunkt des Interesses. Exemplarisch sei hier auf die Studie von Christian Woll (2005b) verwiesen, die zwar betitelt ist mit *Wissenschaftliches Publizieren im digitalen Zeitalter und die Rolle der Bibliotheken*, sich aber explizit nur mit der Frage der Kostenentwicklung des Zeitschriftenwesens in den STM-Disziplinen beschäftigt und die Open-Access-Thematik nur unter diesem Blickwinkel betrachtet.

Die Konzentration auf Zeitschriften und die Vernachlässigung der wissenschaftlichen Monographie ist ein Symptom der nur unzureichenden Berücksichtigung der Geistes- und Sozialwissenschaften in der Open-Access-Bewegung. Mindestens ebenso deutlich wird die Orientierung an den STM-Disziplinen aber auch in der Debatte um die Nutzung von neuen Möglichkeiten des elektronischen Publizierens.

Open-Access-Befürworter regen häufiger an, nicht nur das bekannte überkommene kommerzielle Geschäftsmodell des wissenschaftlichen Publizierens auf eine andere Grundlage zu stellen, sondern auch die Form der wissenschaftlichen Kommunikation selber zu verändern. Es geht darum, die erweiterten Textgestaltungsmöglichkeiten des elektronischen Publizierens zu nutzen und dies für die weitere Verbreitung von Open Access zu nutzen.

So bemerkt etwa Stevan Harnad, dass Open Access nicht nur einen Geschwindigkeitsgewinn und einen »increase in scope« mit sich bringe, sondern dass auch »electronic enhancements« wie etwa Hypertext-Links oder die Form einer »interactive publication« mit der Möglichkeit eines »open peer commentary« als »added value« des Open Access mit vermarktet werden solle (Harnad 1995).

In die gleiche Richtung argumentiert Peter Schirmbacher. Erst durch eine »Veränderung seiner bisherigen Gewohnheiten beim Erstellen der wissenschaftlichen Arbeit« könne ein Autor dazu beitragen, die »Vorteile des elektronischen Publizierens« (Schirmbacher 2005b, 116) zu nutzen. Der Autor soll nicht nur einfach ein »elektronisches Abbild« der bisherigen Publikationsweise herstellen, sondern sich bewusst auch von »teilweise überholten Verhaltensweisen« (Schirmbacher 2005b, 119) trennen. Generell sollte die »Art des Schreibens dazu beitragen, dass die entstehenden Ergebnisse einem qualitativ besseren Retrieval zugeführt werden können.« (Schirmbacher 2005b, 115) Dies bedeutet für Schirmbacher insbesondere auch, dass der Autor »die Struktur des Artikels darstellen« (Schirmbacher 2005b, 116) und den Artikel auf eine Art und Weise navigierbar machen

---

<sup>1</sup>Siehe zu einer ähnlichen Eingrenzung dieses Begriffes auf Zeitschriftenartikel auch Harnad (1995), Harnad et al. (2004) und Harnad (2005).

solle, die über die Möglichkeiten (und Begrenzungen) der herkömmlichen Print-Versionen hinausgeht. Insgesamt sei eine »neue [...] Kultur des elektronischen Publizierens« (Schirmbacher 2005b, 118) anzustreben, welche die Tatsache anerkenne, dass sich papierorientiertes Publizieren ganz erheblich von den Anforderungen eines zukünftigen elektronischen Publizierens unterscheiden müsse.

Doch auch in dieser Argumentation wird verkannt, dass in den Geistes- und Sozialwissenschaften zum Teil grundsätzlich andere Anwendungsbedingungen gelten, die eine Abkehr von etablierten Praktiken der Textpublikation problematisch erscheinen lassen. So zumindest lautet die zunehmend von netz-interessierten Geistes- und Sozialwissenschaftlern auf der Mailing-Liste von McCarty geäußerte Kritik (McCarty). Im konventionellen Sinne publiziert wurde dies Kritik allerdings nur im Bericht von Stefan Gradmann über eine Diskussionsrunde bei der Max Planck Gesellschaft über Open Access, bei der auch Stevan Harnad anwesend war. Ich möchte Gradmanns Argumentation hier ausführlicher referieren, da sie die Unterschiede in den Auffassungen zwischen den unterschiedlichen Disziplinen deutlich anspricht.

Gradmann stellt fest, dass von Aktivisten aus dem Bereich der STM-Disziplinen vernachlässigt werde, dass in den Geistes- und Sozialwissenschaften eine grundsätzlich höhere Barriere für Neuerungen beim elektronischen Publizieren bestehe; hier herrsche eine völlig andere Textkultur vor, die erheblich mit der papierorientierten Kultur zusammenhänge und nicht ohne weiteres verändert oder gar aufgegeben werden könne. In den Geistes- und Sozialwissenschaften sei elektronisches Publizieren »noch weitgehend gleichbedeutend mit print-analogen Veröffentlichungsformen«, die einfach ein neues Trägermedium wie etwa das World Wide Web benutzen. Von dieser Grundkonstellation könne nicht so leicht abgegangen werden.

Der Grund dafür ist kompliziert und wird von Gradmann in einer längeren Argumentation entwickelt.

Grundlegend geht Gradmann von der Existenz zweier unterschiedlicher »Wissenschaftskulturen« aus: einmal derjenigen der »empirizistisch« orientierten Disziplinen aus dem Bereich des STM, bei denen ein »der wissenschaftlichen Kommunikation vorgängiges, nicht-diskursiv verfasstes empirisch gewonnenes Erkenntnis substrat« grundsätzlich vorausgesetzt und nicht weiter reflektiert wird«, und andererseits der Kultur der »hermeneutisch geprägten« Geistes- und Sozialwissenschaften, in denen der »Kommunikationsprozess selbst regelmäßig zum Gegenstand und Instrument wissenschaftlicher Arbeit« werde und bei denen die Reflexion über diesen Zusammenhang »mit der diskursiven Praxis aufs engste verzahnt ist.« (Gradmann 2004, 58) In den STM-Disziplinen werde eine »diskursvorgängig erarbeitete Hypothese nur transportiert«, während in den Geistes- und Sozialwissenschaften eine Veröffentlichung eher »ein Blick in das Reflexionslabor des Verfassers, durchsetzt mit selbstreflexiven Brechungen« sei (Gradmann 2004, 59).

Dies habe zur Folge, dass in Texten der Geistes- und Sozialwissenschaften Verweise und Kontextbezüge einen sehr breiten Raum einnehmen. Diese Texten sei

en häufig durch »fast barocke Auszeichnungsorgien« gekennzeichnet. Naturwissenschaftliche Texte seien dagegen »weitgehend bruchlos« und, was die Typographie angehe, »mausgrau« (Gradmann 2004, 57). Unterschiede ergeben sich hierbei besonders im Hinblick auf die schon erwähnten verschiedenen Publikationsformen: der Monographie in den Geistes- und Sozialwissenschaften und dem in den STM-Disziplinen weiter verbreiteten Artikel. Während die Monographie in den Geisteswissenschaften mit »einem hochdifferenzierten Arsenal von Strukturelementen, die zugleich darstellungs- und erkenntnisrelevant sind: Kapitelstrukturen, Register, Bibliographien etc.« ausgestattet sei, sei ein Aufsatz im STM-Bereich primär ein »Container« und stehe formal in keiner spezifischen Beziehung zum Inhalt. Bei der geisteswissenschaftlichen Monographie sei der Bezug zum Inhalt »komplex und vielschichtig« und unterscheide sich damit erheblich von der »knappen Mitteilungsstrukturen naturwissenschaftlicher Aufsätze.« (Gradmann 2004, 59)

Diese Unterschiede haben nun für Gradmann ganz erhebliche Auswirkungen auf die Kultur elektronischen Publizierens. In den Naturwissenschaften sei elektronisches Publizieren nicht mehr als eine »effiziente Reimplementierung, quasi Elektrifizierung, des vertrauten Informationsmodells«. Die Produktion elektronischer Journale – und nur um diese gehe es zumeist – sei hier ein »simpler, inzwischen recht robuster Prozess« mit einer Dank  $\text{\LaTeX}$  einfach durchführbaren formalen Gestaltung.

In den Geisteswissenschaften dagegen habe das elektronische Publizieren, sofern es nicht nur ein »ephemerer und unmaßgeblicher Vorgang der Derivatproduktion« sei, »ganz grundlegende Veränderungen in der Praxis wissenschaftlichen Arbeitens« zur Folge. Gutes Beispiel dafür sei die »konstitutive Rolle der Linearität und Sequentialisierung von Reflexions- wie auch Darstellungsfiguren«, wie sie in klassischen Forschungsmonographien vorherrschen. Diese mit digitalen Werkzeugen nachzubilden bedeute häufig, dass die »konstitutive lineare Vektorisierung« aufgegeben werden müsse zugunsten »fast beliebig rekonfigurierbarer Informationspartikel«, welche dann keine »Erzählstruktur« mehr zuließen (Gradmann 2004, 61).

Aus dieser Schwierigkeit mit dem elektronischen Publikationsprozess generell folgt für Gradmann eine grundsätzlich höhere Barriere in den Geisteswissenschaften für Neuerungen im elektronischen Publikationsprozess: »[D]er Versuch, hier grundlegend neue Mittel ins Spiel zu bringen muss [...] gleichzeitig auf der Signifikanten- und der Signifikatsebene hochkomplexer Zeichenkonglomerate operieren«. Dies sei eine »Herausforderung, im Vergleich mit der die elektronischen Aufsätze der E-Zeitschriften sich doch recht trivial ausnehmen«. Die größeren Schwierigkeiten haben »massive Konsequenzen für die jeweils wirksame Publikationsökonomie« (Gradmann 2004, 61) und damit auch für eine Vermittlung von Open Access. Die Abstimmung zwischen Wissenschaftlern aus den unterschiedlichen Wissenschaftsbereichen bei Fragestellungen der Publikationskultur und der Erweiterung und Änderung der bisherigen Textkultur müsse verbessert werden. Es gebe hier einen »systematischen Klärungsbedarf«.

Gradmann geht nicht nur von verschiedenen Ausgangslagen hinsichtlich der formalen Gestaltungsmöglichkeiten von wissenschaftlichen Texten aus. Hinzu kommt für ihn noch, dass der Begriff Open Access für Geistes- und Sozialwissenschaften überhaupt anders konnotiert sei. »Access« sei in den Geistes- und Sozialwissenschaften meist schlicht gleichbedeutend mit einem »schnellen und komfortablen Zugriff auf gedruckte Informationsträger als Bedingung für »Lesen«.« Und das bedeute für viele Geistes- und Sozialwissenschaftler, dass nach wie vor die konventionelle Bibliothek (mit ihren kommerziell erworbenen konventionellen Medien) und nicht das Internet der Hauptgarant für den Zugang zu wissenschaftlicher Information sei. Dies könne sich nur in dem Maße ändern, »wie ernstzunehmende Äquivalente hochstrukturierter Reflexions- und Diskursformationen auch im Netz und mit dessen genuinen Mitteln modelliert verfügbar werden [...]« (Gradmann 2004, 62)

Die Unterscheidung zwischen den Geistes- und Sozialwissenschaften einerseits und den STM-Disziplinen andererseits hinsichtlich ihrer Fachkultur und ihres Forschungsansatzes ist nichts neues und kann sogar als eine Art Allgemeinplatz bezeichnet werden.<sup>2</sup> Die Veränderungen, die elektronisches Publizieren mit sich bringt, ist auch schon an anderer Stelle umfangreicher erörtert worden.<sup>3</sup> Neu an Stephan Gradmanns vorgestelltem Ansatz ist, diese beiden Aspekte aufeinander zu beziehen und so die Unterscheidung zwischen den Fachkulturen für die Open-Access-Debatte fruchtbar zu machen.

Bei aller Skepsis soll hier nicht der Eindruck entstehen, die mit dem elektronischen Publizieren einhergehenden Veränderungen seien bei Geistes- und Sozialwissenschaften grundsätzlich unangebracht. Auch Geistes- und Sozialwissenschaftler äußern sich positiv über neue Textgestaltungsmöglichkeiten; als Beispiel sei der Anglist Dieter Stein genannt, der die »Ausbildung von medial differenzierten Stilidealen« fordert (Stein 2004, 17).

Festzuhalten bleibt auf jeden Fall, dass man nicht ohne weiteres die gleichen Anwendungsbedingungen voraussetzen sollte und dass die These zu testen ist, ob man nicht besser von zwei Kulturen des elektronischen Publizierens, eine für die STM-Disziplinen, und eine für die geistes- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen, ausgehen sollte. Im Folgenden Kapitel werde ich diese These anhand der Aussagen von Jenaer Politikwissenschaftlern für den spezifischen Fall der Politikwissenschaft konkretisieren, differenzieren und weiter untersuchen.

---

<sup>2</sup>Für eine allgemeine Verortung der Wissenschaftsdisziplinen siehe z. B. Hinner (2003). Das Phänomen einer »kulturellen Spaltung« ist auch von Beckenbach (1993) beleuchtet worden.

<sup>3</sup>Siehe z. B. Ferry (2002) für eine Studie über die neuen Möglichkeiten des Schreibens am Computer oder Gibson (1996) über die Veränderungen von Texten im neuen elektronischen Medium und einer grundsätzlich positiven Beurteilung des herkömmlichen Papierdruckes was die Kohärenz von Texten angeht. Für eine eher bibliothekarisch ausgerichtete Arbeit über diese Thematik siehe Bargheer (2002).



## **2 Die Publikationskultur in der deutschen Politikwissenschaft: Ausgangslage und Einstellungen zu Open Access**

In diesem Kapitel wird die Ausgangslage für Open-Access-Publizieren in der deutschen Politikwissenschaft anhand der durchgeführten Interviews erörtert.

Zunächst werde ich auf die allgemeine Ausgangslage für wissenschaftliches Publizieren in der deutschen Politikwissenschaft eingehen (Abschnitt 2.1).

Danach wird erläutert, was unter dem Begriff Open Access überhaupt verstanden wurde und inwieweit dies exemplarisch ist für die grundsätzliche Wahrnehmung dieses Themenfeldes im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften (Abschnitt 2.2).

Hierauf wird das Verhältnis der Politikwissenschaftler zur herkömmlichen Publikation über einen Verlag erörtert und untersucht, inwieweit in der deutschen Politikwissenschaft, analog zur »Zeitschriftenkrise« in den STM-Disziplinen, von einer »Monographienkrise« ausgegangen werden kann und worin sich diese von der ersteren unterscheidet (Abschnitt 2.3).

Schließlich werde ich auf die bereits in Kapitel 1 erwähnten spezifischen Merkmale des elektronischen Publizierens eingehen und die Aussagen der Jenaer Politikwissenschaftler bezüglich der erweiterten Gestaltungsmöglichkeiten für wissenschaftliche Texte beim elektronischen Publizieren (Abschnitt 2.4) sowie ihr Verhältnis zum *author-self-posting* von Zeitschriftenartikeln und ihr Publikations- und Retrievalverhalten analysieren (Abschnitt 2.5).

### **2.1 Die Ausgangslage in der Politikwissenschaft: Fachstruktur und Publikationsorgane**

Die Politikwissenschaft ist in Deutschland noch eine sehr junge Disziplin. Kann sie in den USA schon auf eine lange Geschichte zurückblicken – schon im 19. Jahrhundert gab es dort viele Lehrstühle für Politikwissenschaft – so ist das Fach in Deutschland erst nach dem Zweiten Weltkrieg in der neugegründeten Bundesrepublik Deutschland richtig etabliert worden. Erste Versuche in der Weimarer Republik waren rasch gescheitert; das Fach war hier auch nie über eine klassische Staatswissenschaft hinausgekommen.

Die Entwicklungsgeschichte des Faches in der Bundesrepublik Deutschland ist nicht einfach nachzuzeichnen. In seinem Einführungsbuch zur Politikwissenschaft schreibt etwa Jürgen Hartmann: »Jeder Versuch, eine Geschichte der Politikwissenschaft zu schreiben, gleicht einem Ritt über den Bodensee« (Hartmann 2003, 15). Die Schwierigkeiten rühren grundsätzlich daher, dass die Politikwissenschaft aus »einer Schnittmenge anderer Wissenschaften« (Bellers und Kipke 1993, 234) wie etwa Geschichte, Soziologie, Jura, Volkswirtschaftslehre, Verwaltungswissenschaft, Publizistik und Philosophie hervorgegangen ist<sup>1</sup> und es zunächst überhaupt keine integrierten Studiengänge gab. Das Fach hatte anfangs nur eine Funktion als ergänzendes Nebenfach hauptsächlich für Historiker und Juristen. Das änderte sich erst, als an der FU Berlin die Hochschule für Politik, die Vorgängerin des heutigen Otto-Suhr-Instituts, eingerichtet wurde. Diese bot ein integriertes Vollstudium der Politikwissenschaft an, welches aber bis Anfang der 1970er Jahre das einzige seiner Art blieb (vgl. Hartmann 2003, 136).<sup>2</sup> Erst danach konnte sich die Politikwissenschaft als »reguläres« Fach an zahlreichen deutschen Hochschulen etablieren.

Im Wesentlichen lässt sich die Politikwissenschaft heute in vier Subdisziplinen unterteilen: die Politische Theorie (oder auch Politische Philosophie), das System der Bundesrepublik Deutschland, der Vergleich politischer Systeme und der »latecomer« Internationale Beziehungen (vgl. Hartmann 2003, 238). Als Ergänzung ist v. a. die Fachdidaktik zu nennen, die insbesondere für die Lehrerbildung eine unabdingbare Rolle spielt.<sup>3</sup>

Diese einzelnen Disziplinen haben trotz zahlreicher Überlappungen eine hohe interne Autonomie und zeichnen sich durch unterschiedliche methodische Zugriffe aus. So ist z. B. die Politische Theorie stärker an geisteswissenschaftlichen Methoden orientiert, während im System der Bundesrepublik Deutschland und im Vergleich Politischer Systeme neben juristischen Fragestellungen generell stärker auch empirische Fragestellungen und entsprechende Methoden zum Tragen kommen. Welche Methoden innerhalb der Politikwissenschaft angewandt wurden, unterlag über die Jahrzehnte hinweg auch einer gewissen Wellenbewegung. Bis in die 1960er Jahre war die Politikwissenschaft eher normativ-ontologisch ausgerichtet, um sich dann in den 1970er Jahren eher in einen empirisch-analytischen oder aber einen kritisch-dialektischen Teil auszudifferenzieren (vgl. Mols 1994, 44ff). Inzwischen hat sich eine Beruhigung oder Konsolidierung

<sup>1</sup>Bellers und Kipke (1993) widmen insgesamt 40 Seiten ihres Buches der Darstellung und Diskussion der Fächer, von denen die Politikwissenschaft beeinflusst worden ist.

<sup>2</sup>Sogar der eigentliche Name des Faches blieb lange umstritten. Er ist bis heute nicht endgültig geklärt. Die unterschiedlichen Fachbezeichnungen reichen von »Politische Wissenschaft« in Berlin, eine wörtliche, aber sinnverzerrende Übersetzung von »Political Science«, »Politologie« ebenfalls in Berlin, »Wissenschaft von der Politik« in Tübingen und Hamburg und schließlich »Wissenschaftliche Politik« in Freiburg. Im allgemeineren Sprachgebrauch hat sich inzwischen der Begriff »Politikwissenschaft« weitgehend durchgesetzt (vgl. Hartmann 2003, 148).

<sup>3</sup>Streckenweise treten an einigen Universitäten noch weitere Spezialgebiete hinzu, wie etwa Politische Soziologie, mit einer spezifischeren Ausprägung auf empirische Methoden und Wahlforschung, oder Verwaltungswissenschaft.



ergeben, so dass die Politikwissenschaft als »normale Sozialwissenschaft« (von Alemann 1994, 32ff) bezeichnet wird mit einer leichten Präferenz für »geisteswissenschaftliche Methoden bei grundsätzlicher Akzeptanz eines Methodenpluralismus« (Ernst 1994, 35).

Abgesehen von diesem Methodenpluralismus ist die Politikwissenschaft auch durch die große Zahl unterschiedlicher spezifischer Schulen geprägt, die eng mit bestimmten Professoren oder Instituten verknüpft sind. Die Geschichte des Faches ist immer auch ein Stück Gelehrtengeschichte: Die »deutsche Disziplinhistorie badet geradezu in der Exploration von Lehrer-Schüler-Beziehungen« (Hartmann 2003, 14). So sind die verschiedensten Forschertypen vertreten, vom klassischen Gelehrten, der sich mit Aristoteles und Platon beschäftigt bis hin zu empirischen Forschern, die hauptsächlich Dimensionenanalysen am Computer vornehmen und nur selten klassische Texte lesen. Nach der Überwindung des Methodenstreits in den 1980er und 1990er Jahren und der Konsolidierung des Faches ist die gegenseitige Akzeptanz zwar groß (vgl. Naßmacher 1994, 437), aber die klassische Orientierung nach Schulen und Lehrer-Schüler-Verhältnissen ist immer noch deutlich wahrnehmbar.

Diese relativ heterogene Situation hat nicht zu der Entwicklung eines diversen Verlegermarktes für politikwissenschaftliche Literatur geführt. Zwar gibt es einige Spezialverlage für politikwissenschaftliche Bücher aus dem extremen linken politischen Spektrum, aber der Großteil der Publikationen beschränkt sich auf drei Verlage: den Campus Verlag, den Verlag für Sozialwissenschaften (vs-Verlag), der jüngst aus einer Fusion des Westdeutschen Verlages mit dem Verlag Leske & Budrich hervorgegangen ist, sowie den Nomos-Verlag. Alle diese Verlage sind keine spezifisch politikwissenschaftlichen Verlage, sondern veröffentlichen generell Literatur aus dem geistes- und sozialwissenschaftlichen Bereich und angrenzenden Disziplinen (vgl. Hartmann 2003, 157).

Der Zeitschriftenmarkt für deutsche politikwissenschaftliche Zeitschriften ist relativ klein und deren Anzahl eher gering. Die erste bedeutsame Zeitschrift war die *Zeitschrift für Politik* (ZfP), zu der 1960 noch die nach dem Vorbild der *American Political Science Review* gestaltete *Politische Vierteljahresschrift* (PVS) hinzukam. Diese an sich »karge Zeitschriftenlandschaft« (Hartmann 2003, 168) wurde später noch belebt durch die *Zeitschrift für Parlamentsfragen* (ZParl) und seit 1996 durch die *Zeitschrift für Politikwissenschaft* (ZPol) mit einem ausgeprägten Rezensionssystem. Im Teilgebiet der Internationalen Beziehungen gibt es daneben ein größeres Arsenal an Zeitschriften: mit der Zeitschrift *Internationalen Beziehungen*, in der v. a. Theoriedebatten stattfinden, und der Zeitschrift *Internationale Politik*, in der neben Wissenschaftlern auch Publizisten und Politiker zu mitunter eher allgemeinen Fragestellungen zu Wort kommen, gibt es gleich zwei größere Foren (vgl. Hartmann 2003, 194).

Alle die hier angegebenen politikwissenschaftlichen Zeitschriften bieten ein elektronisches Retrieval an, keine davon jedoch per Open Access. Auch ist keine der angegebenen Zeitschriften in der SHERPA-Liste »grün geschaltet« – nur zwei sind in dieser Liste überhaupt vertreten.

Die Ausgangsbasis für Open Access ist in der deutschen Politikwissenschaft also als sehr bescheiden anzusetzen – dies muss angesichts der Ergebnisse für die Geistes- und Sozialwissenschaften aus DFG (2005) nicht verwundern. Es gibt im Internet Angebote für politikwissenschaftlich relevante Informationen, die per Open Access zur Verfügung gestellt werden. Das ist aber innerhalb der Politikwissenschaft nur ein peripheres Phänomen und soll hier, wie schon angekündigt, nicht im Mittelpunkt stehen. Ziel der vorliegenden Analyse ist vielmehr, einen ersten Überblick über die Einstellungen des politikwissenschaftlichen Mainstreams zur Kultur des Publizierens und den Möglichkeiten für elektronisches Publizieren via Open Access zu erhalten.

## 2.2 Open Access: Was ist das eigentlich?

Teil jedes Interviews war die Frage nach den ersten Assoziationen zum Begriff Open Access. Der Begriff wurde von mir im Vorfeld in keinerlei Art und Weise erläutert, um nicht nur die Einstellungen zur Thematik des Open-Access-Publizierens ermitteln zu können, sondern auch die Auffassungen darüber, worum es sich bei Open Access überhaupt handle.

Von den zehn Befragten wusste nur einer, dass darunter eine alternative Publikationsform zum etablierten kommerziellen Modell über Verlage verstanden wird. Dieser Befragte kannte auch grundsätzlich die Berliner und Budapester Open-Access-Initiativen, ohne jedoch die Details zu kennen oder selbst schon einmal via Open Access publiziert zu haben.

Die anderen Interviewpartner konnten sich zunächst spezifischer unter Open Access nur wenig vorstellen. Die typischen Reaktionen reichten von Aussagen wie »Oh Gott, was ist denn das jetzt wieder?«, ersten Assoziationen mit etwas, das sich »gut anhört«, aber auch mit »Exzess«. Am häufigsten war die Äußerung »da kann ich mir nicht viel drunter vorstellen.«

Nach einigem Nachdenken über die Semantik der Begriffe »Open« und »Access« wurden im Wesentlichen zwei Vermutungen geäußert, von denen die erste keine der beiden wesentlichen Komponenten von Open Access (elektronisch und nichtkommerziell) einbezog (1), die zweite nur den Aspekt der elektronischen Verfügbarkeit (2).

(1) Ungefähr einem Drittel der Aussagen lag ein Verständnis von Open Access zugrunde, dass dies etwas mit dem direkten Zugriff auf *gedruckte* Information in einer physisch präsenten Bibliothek zu tun habe; der Begriffe »Open« wurde mit dem freien Zugang zu den Präsenzbeständen einer Institutsbibliothek in Verbindung gebracht: »Open Access, das ist für mich ein offener Zugang zu Bibliotheksräumen, zur Zweigbibliothek, die offen zugänglich und nicht nur eine Magazinbibliothek ist.« Einer der Befragten verstand unter Open Access schlicht den elektronischen Geschäftsgang in einer Bibliothek und hob positiv hervor, dass sich durch die Möglichkeit der elektronischen Bestellung und Ausleihe der Zugang zu Büchern aus Magazinbeständen erheblich beschleunigt habe; er leitete

daraus auch ein allgemeines Argument für die zweischichtige Bibliothek mit einer zentralen Magazinbibliothek und einem leicht zugänglichen Präsenzbestand in Institutsbibliotheken vor Ort ab.

Die These von Gradmann (2004), dass für Geistes- und Sozialwissenschaftler Open Access häufig der Zugang zu physischen, gedruckten Informationen bedeute, wurde durch diese Aussagen grundsätzlich bestätigt.

(2) In etwa zwei Dritteln der Aussagen wurde aber deutlich, dass mit Open Access primär der Zugang zu Dokumenten in elektronischer Form vom eigenen Arbeitsplatz aus über eine Internet-Verbindung verbunden wurde, »so dass man auf wissenschaftliche Informationen über das Internet zugreifen kann«, wie sich einer der Befragten ausdrückte. Weitere Aussagen waren, dass man per Open Access »vom Schreibtisch aus, ohne Wege« Zugriff auf wissenschaftliche Informationen haben könne, dass das »irgendwie eine Verbindung mit dem Internet, mit offenem Zugang zu Literatur« habe und auch die »öffentliche Rezeption und den Zugang zu Homepages von Kollegen« mit einschließe. Einer der Befragten verstand unter Open Access »den offenen Zugang zu bestimmten Dokumenten im Internet, so direkt vom Schreibtisch aus, wie das etwa mit EU-Dokumenten im Internet möglich ist, mit Zeitschriftenartikeln, aber auch mit aktuellen Presseartikeln.« Ein anderer der Befragten drückte sich so aus: »Open Access ist elektronisch, es ist direkt verfügbar, ich muss mich vielleicht dafür anmelden [...], aber es ist einfach frei verfügbar.« Zwei der Befragten verbanden mit Open Access auch Googles Digitalisierungsprojekt und die Kooperation mit der Staatsbibliothek München: »Das ist das, was auch mit Google angestrebt wird.«

Obwohl die Befragten durchaus zwischen unterschiedlichen Digitalisierungsprojekten differenzierten und sich auch darüber bewusst waren, dass elektronisch verfügbare Publikationen häufig von kommerziellen Anbietern stammen und damit auch mit Kosten für die Bibliothek verbunden sind, welche diese Angebote hostet, blieb die Kostendimension beim Nachdenken über Open Access entweder völlig ausgeblendet oder wurde doch nicht als unvereinbar mit Open Access wahrgenommen. Die Befragten bezeichneten auch kommerzielle Angebote als Open Access, sobald diese die Voraussetzung erfüllten, für den Wissenschaftler von seinem Schreibtisch aus ohne Hindernis verfügbar zu sein. Eine typische Aussage war etwa: »Vom Gefühl her ist das Netz, ob kommerziell oder nicht, schon Open Access« und »es ist egal, ob das etwas kostet oder nicht, Hauptsache, ich habe Zugriff darauf.« Einer drückte sich so aus: »Was da hinter den Kulissen läuft, wer da bezahlen muss, das ist für mich nicht immer ersichtlich [...], ich nutze das, ohne die theoretischen Hintergründe zu kennen.«

Der Aspekt der freien Zugänglichkeit schiebt sich sozusagen über den kommerziellen Aspekt und dominiert das Verständnis von Open Access eindeutig. Dies war besonders daran zu merken, dass auch solche Angebote, für welche eine Bibliothek Geld aufwenden muss, als Open Access begriffen wurden, wie etwa JSTOR. Einer der Befragten drückte sich folgendermaßen aus: »Open Access fällt generell unter den Aspekt der Zugänglichkeit, des direkten Zugriffes

auf Literatur, die sonst nicht im Bereich [der gedruckten Medien] steht, [...] etwa JSTOR.«

Der Begriff Open Access wurde auch dann noch für kommerzielle Angebote verwendet, nachdem ich erklärt hatte, dass hier kein Open Access vorliege: »JSTOR würde ich letztlich auch zu Open Access hinzurechnen, obwohl ich im Hinterkopf weiß, dass das eine Menge Geld kostet.«

Damit bleibt vorerst festzuhalten, dass das zentrale Element der Definition von Open Access, nämlich dass eine solche Publikation im Retrieval grundsätzlich »free of charge« (Suber 2003) sein solle, nicht nur unbekannt ist, sondern auch ganz grundsätzlich nicht mit diesem Begriff in Verbindung gebracht wird. Und dies nicht nur wegen der von Gradmann (2004) vermuteten primären Bezugnahme auf freie Zugänglichkeit zu gedruckter Information, sondern gerade auch wegen der spezifischen »unkommerziellen« Wahrnehmung des für den individuellen Wissenschaftlers freien und kostenlosen Zugriffs auch auf kommerzielle elektronische Angebote.

Als weiterer interessanter Punkt bleibt festzuhalten, dass aufgrund der geringen Kenntnisse viele der feineren Differenzierungen aus dem Open-Access-Lager, wie etwa die Unterscheidung zwischen »Green Road« und »Golden Road« nicht ohne weiteres »greifen« und nicht einfach direkt abgefragt werden können – es sind immer umfangreichere Erklärungen notwendig. Dies bestätigte aber grundsätzlich den Ansatz, qualitative Interviews zu führen und sich nicht auf die Aussagen zu verlassen, wie sie häufiger quantitativ über vorformulierte Fragebögen ermittelt werden.

## 2.3 Eine Monographienkrise?

### 2.3.1 Publizieren im kommerziellen Verlag: ein Gefangenendilemma?

Eine bei der Diskussion um eine Reform des § 52 häufig diskutierte Frage betrifft die Verwertungsrechte bei Monographien. Nicht nur Autoren aus der Belletristik haben sich hier zu Wort gemeldet, sondern auch wissenschaftliche Autoren aus dem universitären Bereich. Aus dem politikwissenschaftlichen Lager hat sich v. a. Ottfried Höffe positioniert, ein bedeutender Vertreter der politischen Theorie, der einige einflussreiche und weit verbreitete Bücher geschrieben hat.

In einem Artikel in der *Frankfurter Rundschau* mit dem Titel *Das kulturelle Tafelsilber* argumentiert er gegen eine Lockerung des Urheberrechts. Ein Argument von Kant aufgreifend, warnt er vor einer Bedrohung der Einkommensquelle von Autoren, wenn das Recht, digitale Kopien anzufertigen, ausgeweitet werde. Für Höffe würde dies darauf hinauslaufen, dass die »Kreativen ›geschröpft‹ werden«, und dies aus dem »fiskalisch motivierten Interesse, die Kosten für digitale Nutzungen zu verringern«, um damit von der Unterfinanzierung der Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen abzulenken (Höffe 2006).

Diese Argumentation ist weit verbreitet und entspricht wohl auch der öffentlichen Wahrnehmung des wissenschaftlichen Publikationsprozesses. Das Schreiben und das Publizieren eines Buches scheint nur rational zu sein unter dem Gesichtspunkt, damit Geld verdienen zu wollen. Die in der Öffentlichkeit bekannten Autoren verfolgen zumeist auch dieses Ziel – es sind Schriftsteller aus dem Bereich der Belletristik, die im allgemeinen von ihren Werken leben müssen.

Bei den befragten Politikwissenschaftlern dagegen stieß die Argumentation Höffes keinesfalls auf Zustimmung. Zu keinem Thema gab es in den Interviews mehr Übereinstimmung, als darin, dass kaum ein Wissenschaftler publiziere, um damit Geld zu verdienen. Es bestehe gar nicht die Erwartung, für seine wissenschaftlichen Werke Geld zu erhalten, geschweige denn größere Summen, die der Anreiz zu einer Publikation sein könnten. Alle der Befragten haben die Erfahrung gemacht, dass das Schreiben und Veröffentlichen von Büchern nicht Geld einbringe, sondern ganz im Gegenteil eher Geld koste: »Das macht keiner, um dabei etwas zu verdienen« äußerte sich einer der Befragten und ein anderer stellte fest: »99 % der Politikwissenschaftler zahlen und verdienen kein Geld mit ihren Werken.« Allseits wurde betont, dass der Verdienst-Aspekt überhaupt nur auf die sehr wenigen Politikwissenschaftler beschränkt sei, die mit ihren Büchern einen breiteren Leserkreis erreichen, wie etwa Ottfried Höffe. Dies gelte jedoch nicht für den »normalen« Politikwissenschaftler. Zwar würde man durchaus gerne Geld verdienen und freue sich auch, wenn man hin und wieder für eine Arbeit etwas Geld bekommt, doch das sei nicht viel mehr als »ein netter Zuverdienst«: »deshalb macht man das nicht.«

Die beiden Befragten aus dem Teilgebiet der politischen Fachdidaktik äußerten sich insofern etwas anders, als sie es durchaus gewohnt sind und auch erwarten, für ihre politikdidaktischen Publikationen Geld zu erhalten, und zwar dann, wenn sie für Schulbuchverlage arbeiten: »Man kann nicht viel bekommen, aber wenn man von denen gebeten wird, etwas zu schreiben, und dann nichts dafür bekommt, dann finde ich das ein bisschen ärmlich.« Die Aussicht auf eine Gewinnbeteiligung wurde hier durchaus als eine wesentliche Motivation der Arbeit für einen Schulbuchverlag angesehen, und für diesen Fall wurde auch festgestellt, dass »das Höffe-Argument wieder greift«. Der Aspekt des Geldverdienens wurde aber nur deshalb als relevant erachtet, weil solche Publikationen für Schulbuchverlage nur einen geringen wissenschaftlichen Wert besitzen und deshalb nicht mit akademischen Meriten verbunden sind: »Man fühlt sich nicht wohl dabei, wenn man gar nichts bekommt, v. a. wenn das für die wissenschaftliche Diskussion nicht so trägt.« Ansonsten ist auch für Politikdidaktiker der Verdienstaspekt unwichtig:

Bei Weiterentwicklungsprozessen, da würde ich das machen, ohne dass ich da etwas verdienen würde, aber bei anderen Sachen, da ist das eher eine Dienstleistungsfunktion, die man für das Land Thüringen macht oder für die Lehrer in Thüringen; wenn man da nichts bekommt, dann grenzt das schon an Masochismus. Aber ich weiß natürlich, dass man damit nicht groß Geld verdienen kann.

Bei Publikationen von wissenschaftlicher Prägung ist auch für die Fachdidaktiker die Verdienstkompente »überhaupt nicht ein relevanter Gesichtspunkt.«

Generell war allen Befragten bewusst, dass die Publikationslogik der Wissenschaft deutlich zu unterscheiden ist von der Publikationslogik in der Belletristik, einmal was die Motivation der Autoren angeht und zum anderen, was die Höhe der realistisch zu erwartenden Auflage angeht. Die von Harnad (1995) eingeführte Unterscheidung zwischen »trade literature« und »esoteric literature« mit den unterschiedlichen Interessen des Geldverdienens bzw. der wissenschaftlichen Reputation wird damit voll akzeptiert.

Wo liegen nun für die befragten Wissenschaftler überhaupt die Gründe, noch in einem herkömmlichen kommerziellen Verlag zu publizieren?

Hier ergaben die Interviews keine Überraschungen. Der Hauptgrund besteht zum einen in dem Renommee, welches mit einer Verlagspublikation verbunden wird. Alle Interviewpartner betonten die Bedeutung des Renommees von Verlags-Publikationen in allgemeinen Worten; einige verwiesen in diesem Zusammenhang auch auf die Funktion des Verlages bei der Qualitätsauswahl, bei der Qualitätsverbesserung des Textes durch ein Lektorat, beim Marketing der Bücher in Wissenschaftskreisen und bei der Weiterleitung von Büchern an Rezensitionsorgane. Zum anderen wurde auch häufiger das emotionale Interesse genannt, nach jahrelanger Arbeit ein materielles Endprodukt in Form eines gedruckten Buches zu erhalten: »Ich will das in den Händen halten können in vernünftiger, gebundener Form, was ja auch romantische Gründe sind.« Dies sind Werte, die einer reinen Online-Veröffentlichung (noch) nicht zugeschrieben werden. Einige betonten, dass eine reine Online-Veröffentlichung ohne einen Verlag weniger Renommee einbringe, außerdem sei »das noch was anderes, jetzt tatsächlich ein Buch in die Hand zu nehmen als nur online zu blättern, das Buch hat noch einen ästhetischen Wert«.

Nach genaueren Nachfragen ergab sich jedoch, dass das jetzige Publikationsmodell keinesfalls stabil ist. Nur ungefähr ein Drittel der Aussagen über die Arbeit der Verlage war im Wesentlichen positiv und zeugte von einer grundlegenden Zufriedenheit mit dem bisherigen Publikationsmodell. Etwa zwei Drittel der Aussagen über die Leistungen der Verlage waren jedoch negativ bis streckenweise sogar sehr negativ, so dass hier der Eindruck entstand, dass ein hoher Reformbedarf auch mit entsprechenden Chancen für Open Access besteht.

So wurde in etlichen Aussagen betont, dass von einer eigentlichen Arbeit der Verlage kaum noch etwas zu merken sei: Die Autoren müssten im Publikationsprozess fast alle Aufgaben selber übernehmen. Ein Interviewpartner drückte das folgendermaßen aus: »Man macht die gesamte Herstellung selbst, der Verlag macht einen Deckel drumherum, bewirbt ein bisschen, und macht sonst nichts.« Ein anderer meinte: »Im Grunde bekommen die Verleger ein vollkommen gelay-outetes Manuskript, die machen nur noch die Vervielfältigung. [...] Das einzige, was ich vom Verlag gesehen habe, waren Zitierrichtlinien und Formalia.« Die

Wissenschaftler würden, wie in einem weiteren Interview geäußert wurde »von der ersten bis zur letzten Seite alles selber machen« und alle »verlegerischen Arbeiten selber übernehmen«. Dass ein Verleger den Wissenschaftlern diese Arbeit abnehme, sei die »absolute Ausnahme.« Das »Lektorat wird von den Verlagen quasi abgewälzt, man muss den Druckkostenzuschuss bezahlen und dann trotzdem alles selber machen... das sind immer nur die Herausgeber, die die Arbeit machen [...]. Da kommt von den Verlagen nichts.« Durch die Verlage finde kaum noch eine Qualitätsauswahl statt, »das wird fast alles durch die Wissenschaftler selber erledigt.«

Häufiger wurde die Arbeit der Verlage sogar als direkt hinderlich und schädlich für den Publikationsprozess beschrieben: »Teilweise werden Grafiken, die mit Mühe gemacht werden, falsch abgedruckt, die Inhaltsverzeichnisse stimmen nicht mehr und Seitenüberschriften sind ganze Kapitel über falsch.« Generell merke man, »dass am Lektorat gespart wird, wenn sie überhaupt eins haben.« Dieses Defizit beim Lektorat war v. a. im Bereich der Dissertationen auffällig: »Da merkt man oft, dass das Lektorat nichts macht.« Es wurde ein »trauriger Verlust an Qualität« konstatiert.

Auf Nachfrage kamen die meisten der Befragten zu dem Schluss, dass angesichts dieser Situation die Publikation über einen Verlag eigentlich gar kein Renommee begründen kann. Einer der Interviewpartner bezeichnete Verlage denn auch als »Illusion« und meinte, dass es bei diesen »nur nach Kohle« gehe. Ein anderer stellte fest, dass Verlage nichts weiter seien als »glorifizierte Copyshops«; ihr Renommee beruhe noch auf der Annahme, dass, weil »früher da wichtige Sachen erschienen [sind] da auch weiter wichtige Sachen erscheinen werden.« Auch ein anderer Interviewpartner verglich Verlage mit Copyshops: erstere machen »genau das gleiche [wie ein Copyshop], nur nicht in einem farbigen Umschlag [...].«

Auch der ästhetische Wert der Bücher aus Wissenschaftsverlagen wurde häufiger als schlecht bezeichnet. Gerade bei Dissertationen sei die Aufbereitung und auch die Haltbarkeit der Bücher mangelhaft (hier wurde ein wesentlicher Unterschied zur Belletristik bemängelt); einer der Interviewpartner bezeichnete die Produkte der meisten wissenschaftlichen Verlage als »Billigheimer«.<sup>4</sup>

Die Wahrnehmung von Verlagen als »Exzellenzzentren« war beim Großteil der befragten Wissenschaftlern keinesfalls etabliert. Über die Hälfte der Befragten gingen sogar von einer Krise des gesamten Publikationssystems aus und bezeichneten die jetzige Situation als widersprüchlich und irrational.

So wurde etwa konstatiert, dass es zwei »konträre Handlungslogiken« gebe, nämlich eine eigentlich rationale »Sachlogik«, nach der man Publikationen möglichst gut aufbereite und möglichst vielen Leuten zur Verfügung stellen wolle, sowie eine weitgehend dysfunktionale »Verlagslogik«, nach der man noch aus

---

<sup>4</sup>Diese Aussagen stimmen mit der Kritik des Göttinger Politikwissenschaftlers Frank Walter an der mangelnden Aufbereitung der meisten sozialwissenschaftlichen Literatur überein (Walter 2006).

traditionellen Gründen oder Gründen des Renommées zu herkömmlichen Verlagen gehen müsse. Das bisherige Geschäftsmodell wurde als »broken« bezeichnet. Es handle sich dabei nur um eine »maximale Knebelung bei hoher Bezahlung«. Ein anderer Interviewpartner stellte fest: »Das Ganze ist eine Farce meines Erachtens.«<sup>5</sup>

Die Situation werde so hingenommen, »weil es halt so ist«, wie mehrmals festgestellt wurde. Häufiger wurde die Situation als das Ergebnis eines klassischen Gefangenendilemmas beschrieben: Eigentlich wolle man nicht zu einem Verlag gehen, tue dies aber doch, weil man davon ausgehe, dass die anderen davon ausgingen, dass ein Verlag Renommée einbringe, und deshalb zu einem Verlag gingen.<sup>6</sup> Die folgende Aussage bringt die Gesamteinschätzung der Lage durch die meisten der befragten Wissenschaftler gut zum Ausdruck:

Für die Politikwissenschaft als Ganzes ist es eher so, dass die Universität uns mit dem Gehalt den Rücken freihält, um zu forschen und dann andere auch teilhaben zu lassen. Es wäre schön, wenn man für das Publizieren nicht auch noch Geld zahlen müsste. Vielleicht drehe ich mich da im Kreis: Das könnte man online besser, aber ich will da den Verlag haben, der mir das Qualitätssiegel gibt. Ich weiß selber noch nicht, wie ich da gedanklich herauskomme. [...] Dass da ein Widerspruch ist, das sehe ich genauso, aber das ist historisch gewachsen und hat historisch eine Rechtfertigung: Damals, als die Verlage noch mehr waren als Copyshops, da wurde auch über das Wissen noch mehr gewacht, da waren das die Gate-Keeper. Diese Sachen, die halten sich natürlich auch über einen längeren Zeitraum, Institutionen lassen sich nicht so schnell verändern. Es ist auf alle Fälle zu einem guten Stück irrational.

Diese erlebte Irrationalität führt jedoch noch nicht zu einer konkreten Veränderung der Publikationsgewohnheiten. Die Möglichkeiten des Einzelnen werden als zu gering eingeschätzt, um nachhaltig etwas bewirken zu können; eine Einbindung der Fachverbände wurde auch nicht als vielversprechend angesehen. Eine typische Aussage war diese:

Dass diese Entwicklung etwas ungut ist, das ist keine Frage. Wie soll man das ändern? Das sehe ich nicht. Über die Fachverbände vielleicht, die sind aber eher in einer sehr symbiotischen Beziehung [mit der Verlagsbranche]. Das sehe ich nicht, wie man das ändern könnte.

Auch wird die Kostensituation beim wissenschaftlichen Publikationssystem im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften allgemein als nicht so problematisch angesehen, dass ein unmittelbarer Handlungsdruck entstünde: »Der

---

<sup>5</sup>Diese Aussage bestätigt in eindrucksvoller Art und Weise das vom Aktionsbündnis Urheberrecht in die Debatte um die Reform des § 52 eingebrachte Argument, dass in der wissenschaftlichen Wertschöpfungskette häufig eine »Zuweisung an die falsche Partei – eine Partei, welche zu dieser Wertschöpfung nichts beiträgt« (Hilty 2007, 18) erfolge.

<sup>6</sup>Diese Beschreibung passt sehr gut zu dem von Stein (2004, 13f) entwickelten Modell der »Teilrationalitäten« beim herkömmlichen Publikationsmodell.



Leidensdruck ist nicht groß genug, um da aktiv zu werden. Als einzelner schon gar nicht.« Generell gibt man sich damit zufrieden, günstigere Bedingungen bei den herkömmlichen Verlagen auszuhandeln und ist dann bereit, die Bedingungen der Publikation über einen Verlag zu akzeptieren. Einer hat etwa »alles geschluckt, solange man nicht viel Geld bezahlen muss«. Gerade für die jüngeren Forscher ist dies zutreffend.

Das skizzierte Gefangenendilemma wird aber kaum auf die »klassische« von Thomas Hobbes vorgeschlagene Art und Weise zu lösen sein, nämlich durch eine staatliche Instanz, welche klare Regelungen vorgibt. Solche Regelungen, etwa eine Pflicht zur Open-Access-Publikation oder analog durch den klaren Beschluss eines politikwissenschaftlichen Fachverbandes, sind zum jetzigen Zeitpunkt eher unwahrscheinlich und unterliegen auch nicht der direkten Einflussmöglichkeit des einzelnen Wissenschaftlers (v. a. nicht eines Mitgliedes des akademischen Mittelbaues). Daher wird man sich vorerst auf die Handlungslogik der einzelnen Wissenschaftler ausrichten und hier konkretere Veränderungsmöglichkeiten benennen müssen.

### **2.3.2 Open Access als Alternative?**

Aus den Interviews hat sich ergeben, dass zunächst ein Ansatzpunkt vielversprechend wäre, der das klassische Verlagssystem prinzipiell unangetastet ließe, aber auf die Möglichkeit zu einem zusätzlichen Publizieren über Open Access hinweisen würde. Eine Bewerbung des hybriden Publikationsmodells wäre also günstig. Alle Befragten zeigten sich an dieser Alternative interessiert und sahen für sich persönlich nicht nur die Möglichkeit, hiermit die eigene Publikationspraxis zu verbessern, sondern dies auch konkret gegenüber Verlagen sozusagen ins Spiel bringen zu können. Die Gespräche bestätigten die Relevanz der von Eric Steinhauer (2007) vorgelegten Analyse zum hybriden Publizieren. Das von Steinhauer beschriebene Szenario und die sich daraus ergebenden Möglichkeiten entspricht meinen in den Interviews gemachten Erfahrungen.

Steinhauer unterscheidet beim wissenschaftlichen Publizieren zwischen den Ansprüchen des Lesers und des Autors. Für den Leser ist im Falle einer nur kursorischen Lektüre ein ausschließlich elektronisch verfügbares Dokument, das er am Bildschirm schnell und unkompliziert lesen kann und das er sich auch unkompliziert und schnell beschaffen kann, völlig ausreichend. Dieser Vorteil wird jedoch bei intensiverer Lektüre, bei der es um gründlichere Information geht, stark relativiert: Wenn der Preis des Buches hier nicht erheblich über dem Preis eines eigenen Ausdruckes (welcher dann in Ordnern archiviert werden kann) liege, so werde der Leser ein gedrucktes Buch präferieren und dieses dann auch kaufen.

Die Ziele des wissenschaftlichen Autors bestehen im Wesentlichen darin, seine Arbeit möglichst preisgünstig und möglichst breit zu verbreiten. In materieller Hinsicht ist es nicht Ziel des Autors, Geld zu verdienen; seine materiellen Interessen sind sozusagen eher negativ: Er will möglichst wenig Geld aufwenden

müssen. Wichtiger sind die immateriellen Ziele des Autors: in den für ihn relevanten Fachkreisen wahrgenommen zu werden und in den wichtigsten Katalogen und Fachportalen sichtbar zu sein. Steinhauer bezeichnet dies als »konkrete Sichtbarkeit« (Steinhauer 2007). Und diese Sichtbarkeit wird einer theoretisch höheren allgemeinen Sichtbarkeit im Internet vorgezogen. Hinzu komme noch das psychologische Moment, als Ergebnis jahrelanger Arbeit etwas in den Händen halten zu wollen.<sup>7</sup>

Wie in diesem Abschnitt schon allgemeiner deutlich geworden ist, sind die von Steinhauer angeführten Punkte bezüglich der Interessen der wissenschaftlichen Autoren zutreffend. In den Interviews bestätigte sich ferner, dass die Wissenschaftler hauptsächlich an einer entsprechend »fachrelevanten« Positionierung ihrer Produkte interessiert sind – und dies leistet für sie immer noch am besten ein Verlag. Fast alle der Interviewpartner gaben an, dass sie hauptsächlich für politikwissenschaftliche Fachkollegen und die Fachkollegen aus den angrenzenden Disziplinen schreiben – die interessierte Öffentlichkeit spielte eine geringere Rolle. Es wäre aber für niemanden ein Hinderungsgrund, mittels einer zusätzlichen Online-Publikation auch einen größeren Leserkreis erreichen zu können. Zwar hatte keiner der Befragten bei einem Verlag nachgefragt, ob dies grundsätzlich möglich wäre – einer der Befragten wunderte sich sogar darüber, dass so etwas auch für Verlage ein attraktives Geschäftsmodell sein kann – Nachteile sah dabei jedoch niemand. Einer brachte den Konsens bei dieser Frage folgendermaßen auf den Punkt: »Der Haken? Ich würde sagen, dass das fast eine win-win-Situation ist.«

Was die Lesersicht der befragten Wissenschaftler angeht, so kann man hier ebenfalls von einer breiten Zustimmung zum hybriden Modell sprechen, sogar mit großer Akzeptanz einer reinen Online-Publikation von Monographien. Von über zwei Dritteln der Befragten wurde ein großes Interesse an einem schnellen Online-Retrieval geäußert und daran, dass man sich so schnell einen Überblick über Thema und Inhalt einer Monographie verschaffen könne. Das funktioniere häufig besser, als eine Monographie per Fernleihe zu bestellen und dann oft feststellen zu müssen, dass das Buch uninteressant ist. Der Vorteil des schnelleren Retrieval überwog für viele der Befragten das »Branding« durch einen Verlag. Dies wurde insbesondere für, wie sich einer der Befragten ausdrückte, »wissenschaftliche Arbeitsliteratur« betont, die man nur einmal brauche und nicht käuflich erwerben wolle: »Wenn ich nur nachschauen will, kaufe ich das ohnehin nicht.« In diesem Zusammenhang ist ein Copyshop-Exemplar oder Print on Demand unproblematisch: »Ich denke, das wäre in Ordnung«. Zwar bemerkte einer skeptisch, dass das »aber so ein Zwischenschritt« und »nicht das gleiche« sei. Nach einem Hinweis auf die Möglichkeiten, welche die modernen Drucktechniken in Copyshops oder Print-on-Demand-Angebote mittlerweile bieten, stieg dann die Zustimmung erheblich: »Wenn der Copyshop das richtig binden

---

<sup>7</sup>Für eine ähnliche Unterscheidung zwischen Leser- und Autorenperspektive vgl. auch Swan und Brown (2003).

könnte und dann ein richtiges Buch im A5-Format herauskommt, dann würde das für mich die Sache schon attraktiver machen.« Einige betonten auch die Arbeitserleichterung im Vergleich zur Notwendigkeit, aus herkömmlichen Verlagspublikationen Kopien anfertigen zu müssen, um etwa Unterstreichungen vornehmen zu können: »Das wäre eine viel komfortablere Alternative zum Selberkopieren.«

Anders verhält es sich bei Grundlagenliteratur, die längerfristig benötigt wird und mit der man intensiver arbeiten müsse: »Wenn ich intensiv mit einem Buch arbeiten will, dann will ich das auch als Buch dahaben.« Hier wurde von einem Befragten auch eine Analogie zur Belletristik und zur »Schmöker-Literatur« gezogen, die einen längerfristigen Wert habe, die man in ein Buchregal einstellen, immer wieder hervorziehen und auch Freunden und Bekannten gegenüber entsprechend präsentieren wolle.

Die Lesersicht auf reine Open-Access-Publikationen ohne ein ergänzendes hybrides Print-Angebot habe ich dadurch untersucht, indem ich nach der Einstellung zu online veröffentlichten Dissertationen gefragt habe.

Grundsätzlich bemängelte man hier zwar, dass nur online veröffentlichte Dissertationen schwerer lesbar seien, dass man sich bei näherem Interesse einen Ausdruck machen müsse und dass das Renommee von rein online veröffentlichten Arbeiten generell niedriger sei; doch sei dies kein Hinderungsgrund, solche Arbeiten zu lesen. Man würde das »an der Sache festmachen«, und wenn eine Arbeit entsprechend interessant sei, dann würde sie nicht nur gelesen, sondern auch gerne zitiert: »Dass das Renommee [...] noch niedriger ist, das würde ich im Moment noch so wahrnehmen, aber ich würde nicht sagen, dass für mich das Werk schlechter wird, das ist ja Quatsch.« Online veröffentlichte Dissertationen wurden von einigen Befragten zur Lektüre sogar herkömmlichen Verlagsangeboten von Dissertationen gegenüber vorgezogen, denn »die haben den großen Vorteil, dass man schnell und ungehindert drankommt.« Zwar hat keiner der Befragten je eine nur online veröffentlichte Dissertation rezensiert, alle wären aber grundsätzlich dazu bereit, dies zu tun.<sup>8</sup>

In einer Analyse der Einstellung von Politikwissenschaftlern zu Online-Veröffentlichungen muss also zwischen Autor- und Leserperspektive unterschieden werden. Während die Wissenschaftler als Autoren großen Wert auf eine Druckfassung ihrer Werke legen, sind sie als Leser durchaus bereit, zumindest bei wissenschaftlicher Gebrauchsliteratur (wie etwa Dissertationen) sogar auf reine Online-Veröffentlichungen zurückzugreifen. Diese beiden Sichtweisen, die

---

<sup>8</sup>Die Aussage von Steinhauer (2007), dass kaum jemand bereit sei, ein PDF zu rezensieren, bestätigte sich in den Interviews somit nicht. Dennoch besteht starker Vermittlungsbedarf, wie schon daraus deutlich wird, dass trotz der prinzipiellen Bereitschaft keiner der Befragten eine online veröffentlichte Dissertation rezensiert hat. Allerdings müsste sich diese Vermittlung weniger auf eine grundsätzliche Aufwertung von online veröffentlichten Forschungsarbeiten konzentrieren – dass diese oft einen »großen Forschungswert haben« wurde in den Interviews bestätigt – als vielmehr auf die konkrete Anregung.

des Autors und die des Lesers, lassen sich, trotz einiger Inkompatibilitäten, durch ein hybrides Publikationsangebot gut miteinander verbinden.

Dieses Ergebnis wird durch folgende Aussage Willard McCartys bestätigt, in der auch die doppelte Perspektive wiederzuerkennen ist samt dem Plädoyer für gut gemachte Verlagspublikationen in bestimmten Bereichen:

Of course [my] [...] passion [...] is not about [...] monographs and collections of papers on rapidly changing topics, atrociously designed, sloppily edited if at all, hardly proofread and often well over £100 each. A downloaded laser-printed, hole-punched version in a binder would be fine most of the time for that sort of thing. But the sort of books I buy aren't like that, and the like of those I want to be sure survive our revolution. (McCarty)

Hier wird v. a. deutlich, dass das herkömmliche Verlagswesen nach wie vor eine bedeutende Rolle spielt, diese aber wohl zukünftig sich stärker auf bestimmte Werke ausrichten könnte und die Fallhöhe zwischen einer Publikation über einen Verlag und eine Open Access Publikation bei schlecht gemachten Verlagspublikationen niedrig ist. Für Verlage bedeutet dies, dass Open Access nicht nur als Bedrohung angesehen werden muss, sondern vielleicht auch als Ansporn dafür, in Zukunft die eigenen Leistungen zu verbessern.

Eine Koexistenz von Open Access und Verlagspublikationen muss für Open Access kein Nachteil sein: Die Vorteile der beiden Publikationsarten könnten sich gegenseitig stützen, zum Vorteil beider.

Befürworten von Open Access sollte auch aus einem anderen Grund daran gelegen sein, das bisherige Verlagswesen in den Geistes- und Sozialwissenschaften nicht zu beschädigen. Denn eine solche Beschädigung könnte dazu führen, dass Verleger aus dem STM-Bereich angeschlagene Verlage günstig aufkaufen und dann Monopolstrukturen etablieren könnten. Viele Stimmen warnen davor, dass für Verleger aus dem STM-Bereich die Geistes- und Sozialwissenschaften ein »territory worth colonizing« seien (ACLS 2005, 31) und dass »free access projects [...] may serve only to clear the way for a few monopolistic commercial publishers to gain control over most of the scientific literature.« (Ewing 2002, 232) Finanzkräftige Monopolisten könnten die Wissenschaftler dann durch Mehrwertdienste wie etwa Linksysteme, Suchmaschinen und Navigations-Tools, an sich binden. Diese »frills« sind sehr teuer und können von Open-Access-Archiven, die häufig unsichere Geschäftsmodelle haben, oft nicht realisiert werden (Ewing 2002, 232).

\* \* \*

Analog zur »Zeitschriftenkrise« im Bereich der STM-Disziplinen kann man auf der Grundlage der Aussagen aus den Interviews von einer gewissen »Monographienkrise« im Bereich der Politikwissenschaft (und damit auch genereller im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften) sprechen. Im Unterschied zur »Zeitschriftenkrise« steht hier jedoch nicht so sehr die Kostenentwicklung im Mittelpunkt der Kritik, sondern vielmehr die mangelnden Leistungen bei Lektorat und Gestaltung von Monographien. Darüber hinaus bleibt festzuhalten, dass die an

herkömmlichen Verlagen orientierte Publikationsstruktur den unterschiedlichen Ansprüchen von Autoren und Lesern und den jeweils unterschiedlichen Textsorten (wissenschaftliche Gebrauchsliteratur und Grundlagenliteratur) nur unzureichend gerecht wird. Gerade bei wissenschaftlicher Gebrauchsliteratur sind die Chancen für »reinen« Open Access als gut anzusehen, ergänzend zu einem entsprechend differenzierten hybriden Angebot für andere Arten von Monographien.

## **2.4 Keine Experimente? Über die neuen Möglichkeiten bei der elektronischen Textgestaltung**

Elektronisches Publizieren als Grundlage für Open Access umfasst etliche Entscheidungen bezüglich der Textgestaltung und des Dokumentformates, welches der Online-Publikation zugrunde gelegt werden soll. Hier gibt es eine umfassende Diskussion, die im Wesentlichen auch die Frage der Langzeitarchivierung und damit zusammenhängende Problemkreise betrifft. Im Folgenden soll es nur darum gehen, die Einstellungen zur Textgestaltung und zu Dateiformaten aus Autorsicht darzustellen. Dies deshalb, weil diese Sichtweise bei der Vermittlung von Open-Access-Angeboten zentral ist.

Die Ergebnisse aus den Interviews bestätigten die Punkte, welche im ersten Kapitel als besonders relevant für Geistes- und Sozialwissenschaftler vorgestellt worden waren. Es ergab sich, dass die befragten Politikwissenschaftler gegenüber dem Einsatz erweiterter Textgestaltungsmöglichkeiten durch Links und Hypertext, wie sie etwa durch das HTML- und das XML-Format möglich werden, sehr skeptisch eingestellt waren. Das PDF-Format mit seinen »konservativen« Möglichkeit, eine Textseite »wie gedruckt« abbilden zu können stieß dagegen auf große Zustimmung und wurde von fast allen als das bevorzugte Textformat im Internet bezeichnet.

Ein häufig vorgebrachter Kritikpunkt an neuen Textgestaltungsformen war, dass die Sequenzialität der Texte unter erweiterten Navigationsmöglichkeiten leide und damit auch der Inhalt eines Textes in Mitleidenschaft gezogen werden könne: »Das lenkt zu sehr ab, diese Hyperlinks verleiten zum Hin-und-Her-Springen. Es ist wichtig, dass man einfach mal einen Gedankengang entwickelt und den von Anfang bis Ende durchzieht. Querreferenzen sind da hinderlich.« Hyperverlinkungen seien eher für Naturwissenschaftler nützlich, nicht aber für Politikwissenschaftler als Geistes- und Sozialwissenschaftler: »Wir bringen ja eher Interpretation oder Deutung, und dann ist auch der Gesamttext entscheidend.« Publikationen auf der Grundlage von HTML wurde auch von einigen mit der Abschaffung der Fußnoten zugunsten von Endnoten in Verbindung gebracht, was wiederum als »ganz furchtbar« empfunden wurde.

Positiv über die erweiterten Möglichkeiten des HTML äußerten sich zwei der Befragten. Diese empfanden es als günstig, empirische Belege und weiterführende Informationen über eine Verlinkung einer Publikation beifügen zu können.

Außerdem wurde in diesem Kontext die Möglichkeit gelobt, multimediale Inhalte unkomplizierter in einer elektronischen, HTML-basierten Publikation einbinden zu können. Bloße Photos auf Druckseiten oder in PDF-Dokumenten seien nur ein »schaler Ersatz«. Auch für Lehrbücher wurde »so ein kleiner Zusatzkasten« als sinnvoll erachtet. Generell wurde auch von anderen Befragten konstatiert, dass diese erweiterten Textgestaltungsmöglichkeiten für die Politikwissenschaft insoweit günstig seien, wie sie sich sozialwissenschaftlicher Methoden bedient, aber umso weniger nützlich, je »geisteswissenschaftlicher« sie agiere: »Wo wir eher in die Sozialwissenschaft hineinrutschen, da bietet sich in höherem Maße auch die Multimedialisierung an, wo wir eher ganz Geisteswissenschaft sind, in der politischen Theorie, da ist dies eher uninteressant.«<sup>9</sup>

Darüber hinaus stieß Hypertext auch bei kürzeren Texten auf Interesse, bei denen das schnelle Retrieval von Informationen im Mittelpunkt steht. Für die schnelle Informationsrecherche und zum Einstieg in eine komplexe Thematik wurde etwa das Navigationssystem der Wikipedia mit Hyperlinks gelobt. Für längere Texte wurde ein solches Verfahren jedoch als unnütz und hinderlich angesehen. Die folgende Aussage bringt die Einstellung gut auf den Punkt: »Bei gründlicher Lektüre ist es besser, wenn es im Text keine Hyperlinks gibt, aber am Ende oder in Fußnoten kann man gerne Multimedia einbinden. Grundsätzlich ist das schon gut, aber bei einem wissenschaftlichen Artikel kann es auch dazu führen, dass man ihn zerfasert.«

Auf ungeteilte Zustimmung stieß, wie bereits angedeutet, das PDF-Dokument, und zwar besonders wegen seiner »geschlossenen« Anlage und der Bewahrung einer eindeutigen Paginierung sowie seiner Ähnlichkeit zu einer herkömmlichen, gedruckten Papier-Seite. Einer der Befragten äußerte, dass das PDF in der Dynamik hin zum elektronischen Publizieren »Zuversicht« gebe, da es gewohnte und bewährte Standards in das Digitale Zeitalter weiterführe und noch dazu äußerst unkompliziert zu handhaben sei: Man könne sich sicher sein, dass es überall »gleich aussehe«. Einer beschrieb das PDF als »Papieräquivalent«. Besonders positiv wurde die Verlässlichkeit der für das adäquate Zitieren so wichtigen Seitenunterteilung erwähnt, die »eindeutig ganz wichtig ist« und der »Lesekultur« aller Befragten entspricht. Die Bewahrung des bekannten Layouts von Druckseiten mit Randglossen und Zwischenzitaten vermittele eine »ganz andere Authentizität des Textes.«

Erst wenn sich der »Standard der Bezugnahme« ganz grundsätzlich ändere, könne man auch über einen prinzipiell anderen Zugang nachdenken, doch das ist bisher für keinen der Befragten absehbar. Allgemein war der Tenor, dass Publikationen im Netz möglichst konservativ die herkömmlichen Druckvorlagen

---

<sup>9</sup>Diese Aussage legt nahe, dass nicht nur innerhalb der Politikwissenschaft, sondern in der Debatte um Open Access in den Geistes- und Sozialwissenschaften noch eine klarere Differenzierung zwischen diesen beiden Bereichen getroffen werden muss, die wie im Fall der Politikwissenschaft auch durch einzelne Fächer hindurch verlaufen kann. Die vorliegende Arbeit, die sich mit der Politikwissenschaft ja gerade als Geistes- und Sozialwissenschaft befasst, kann diese Differenzierung im gegebenen Rahmen aber nicht leisten.

imitieren sollten: »Das sollte alles aussehen wie gedruckt, da bin ich konservativ; ich empfinde diese PDF-Formate als sehr günstig«. So wurde etwa JSTOR mit seiner Orientierung am PDF sehr gelobt: »Der Internet-Zugang [zu einem Dokument] muss gleiche Seitenzahlen enthalten, damit es vergleichbar wird ... das ist ja so bei JSTOR, das finde ich sehr sehr gut.« Die weitgehend PDF-freie Westlaw-Datenbank wurde dagegen von einem Befragten als »Bleiwüste« bezeichnet.

Diese Aussagen rechtfertigen zumindest eine gewisse Skepsis gegenüber die von Peter Schirmbacher und anderen gemachten Vorschläge zur Nutzung erweiterter Textgestaltungsmöglichkeiten beim elektronischen Publizieren. Es scheint hier eher Zurückhaltung geboten zu sein, um die spezifischen Bedürfnisse und Einstellungen der Geistes- und Sozialwissenschaftler zu beachten und nicht das »Image« von Open Access zu beschädigen.

Die sich in den Interviews zeigende Präferenzierung des PDF wird auch in der von Kristin Antelman (2006) durchgeführten Untersuchung über *self-archiving* bei Sozialwissenschaftlern deutlich, in der das PDF im Mittelpunkt steht; auf diese Studie werde ich im nächsten Abschnitt noch zu sprechen kommen.

Auch Katja Mruck bestätigt die Bevorzugung von printnahem Layout von elektronischen Dokumenten durch Sozialwissenschaftler am Fallbeispiel des per Open Access zugänglichen Rezensionsorgans *Forum Qualitative Sozialforschung* (FQS). Das FQS habe sich eng am Vorbild des Print orientiert, um damit den geistes- und sozialwissenschaftlichen Publikationsgewohnheiten gerecht werden zu können: Die »Standards traditioneller Printmedien [wurden] übernommen« und der Aufbau der einzelnen Ausgaben bilde mit Unterteilungen wie Schwerpunktthema, Einzelbeiträgen und Rubriken eine Gliederung nach, »die aus Printmedien vertraut ist [...]« (Mruck 2004, 239)

Hier soll nicht die Auffassung vertreten werden, es müssten unbedingt PDFs oder vergleichbare Dokumente im geistes- und sozialwissenschaftlichen Publikationswesen verwendet werden. Vielleicht wäre eine Mischform von PDF und integrierten Verlinkungen (etwa klickbare Inhaltsverzeichnisse) der beste Weg. Das FQS etwa hat versucht, die »bewährten Publikationstraditionen mit dem Innovationspotenzial neuer Medien und insbesondere den Vernetzungspotenzialen des Internet« zu verknüpfen und hat dabei positive Erfahrungen gesammelt (Mruck 2004, 239). Generell sollte vielleicht nur davon Abstand genommen werden, die Imitation der klassischen Druckvorlage *per se* als den falschen Weg anzusehen.<sup>10</sup>

---

<sup>10</sup>Die Orientierung an der Printwelt ist, wenn man die historische Entwicklung der Computersysteme betrachtet, eigentlich nichts neues. So hat sich etwa die Text-Engine des Apple Macintosh an Vorbildern aus der klassischen Print-Welt orientiert und durch die Einführung von proportionalen Schriftarten und WYSIWYG mit print-analoger Seitendarstellung versucht, das Layout herkömmlicher Texte nachzubilden – Entwicklungen, denen heute kaum jemand den Charakter der Fortschrittlichkeit absprechen würde. Das seit 2001 auf dem Mac laufende Betriebssystem Mac OS X erzeugt beim Drucken grundsätzlich PDF-Dokumente.

Das Textverarbeitungssystem  $\text{\LaTeX}$  orientiert sich heutzutage im Wesentlichen am PDF als Ausgabeformat; die Layouts der  $\text{\LaTeX}$ -Skripte sind auf eine Paginierung nach den aus der Print-Welt bekannten Vorlagen hin ausgerichtet.

## 2.5 Retrieval aus dem Internet und die Veränderung der Fachkultur durch elektronisches Publizieren

Neben den spezifischen Formen der Textgestaltung zeichnet sich die elektronische Publikation durch unkompliziertere Formen des Veröffentlichens und Austauschens von Texten aus, insbesondere durch *self-archiving*. In ihrer Studie *Self-archiving practice and the influence of publisher policies in the social sciences* untersucht Kristin Antelmann den Zusammenhang von Verlegerpolitiken und der Praxis des *self-archiving* von Wissenschaftlern. Sie unterscheidet zwischen verschiedenen Artikel-Formen, die von Autoren gepostet werden: das *author pre-print* in einer vom Autor angefertigten Formatierung, das *author post-print*, welches sich von der vom Verlag angenommenen Endversion nur in der vom Autor selbst erstellten Formatierung unterscheidet, und die *branded publisher version*, welche mit dem veröffentlichten Artikel in Form und Inhalt identisch ist (Antelman 2006).

Zentrales Ergebnis von Antelmans Studie ist, dass Sozialwissenschaftler im Vergleich zu den STM-Disziplinen nur wenig Artikel austauschen, v. a. wenige Preprints. Dies liege daran, dass Sozialwissenschaften sogenannte »divergent disciplines« seien, in denen es wenig inneren Zusammenhalt und auch nur relativ wenige gemeinsame Forschungsinteressen gebe. Die meisten Sozialwissenschaften seien »rural« mit »low people-to-problem ratios«, in denen es keine umfassenden und klar etablierten Elitestrukturen und deshalb auch keine etablierten Netzwerke gebe, über die Preprints verschickt werden. Für die Ökonomie gelte dies weniger: Diese sei wegen ihres klarer konturierten Forschungsprogramm als »urban« zu bezeichnen (Antelman 2006, 92).

Das Fehlen gemeinsamer Netzwerke geht aber auch damit einher, dass sich Sozialwissenschaftler, mit Ausnahme der Ökonomen, beim *self-archiving* kaum an die Vorgaben von Verlagen halten und wenig Hemmungen haben, auch eine *branded publisher version* selbst im Internet zu veröffentlichen, auch wenn der Verlag dies nicht erlaubt oder die Haltung des Verlages unklar ist. Bei Soziologen und Politikwissenschaftlern liegt das Verhältnis beim *self-posting* von der *branded publisher version* zum *author postprint* bei über 2:1 (Antelman 2006, 89). Insgesamt ist *self-archiving* bei »weißen« Journalen, bei denen es nicht gestattet ist, sogar weiter verbreitet als bei »grünen« (vgl. Antelman 2006, 90) und es sind die »discipline-based norms and practices that shape self-archiving behaviour, not the terms of copyright transfer agreements.« (Antelman 2006, 93)

Wegen der individualistischen Normen in den Geistes- und Sozialwissenschaften scheint die Bereitschaft zu Experimenten beim *self-posting* groß zu sein. In den Interviews habe ich versucht zu ermitteln, ob sich Antelmans Ergebnisse bei den Jenaer Politikwissenschaftlern bestätigen.

Von den befragten Interviewpartnern haben nur vier selbst verfasste Artikel auf der eigenen Homepage eingestellt und hierbei auch nur *author-postprints*, die in keiner wichtigen Verlagsveröffentlichung erschienen sind.



Dass kaum gepostet wird, liegt zum einen daran, dass man dies prinzipiell nicht für legal hält, sowohl was die durch einen Verlag gebrandete Versionen als auch was *author-postprints* angeht. Die SHERPA-Initiative war keinem der Befragten bekannt. Auch hat keiner je bei einem Verlag nachgefragt, ob eine selbst-organisierte Verbreitung über das Internet gestattet wäre.

Zum anderen lag dies daran, dass ein Teil der Befragten bisher schlicht noch nicht auf die Idee gekommen war, Artikel im Netz zu posten. Etwa drei Viertel der Aussagen gingen in die Richtung, dass man überhaupt nicht wisse, wo man im Netz Artikel einstellen könne und was man dabei zu beachten habe. Interessanterweise hätten zwei Drittel dieser Befragten grundsätzlich keine rechtlichen Bedenken, kein »schlechtes Gewissen«, wie dies einer ausdrückte, auch gebrandete Versionen im Internet verfügbar zu machen.

Wegen des allgemein niedrigen Kenntnisstandes zum *author self-posting* war es nicht möglich, genauer zu erörtern, welches Repository für die Publikation von Artikeln präferiert würde. Man sah sich nicht dazu in der Lage, sozusagen aus dem »hohlen Bauch heraus« eine Antwort zu geben. Konkret lässt sich nur festhalten, dass zum einen mehrfach geäußert wurde, von einem einzelnen Wissenschaftler geschriebene Artikel sollten am besten auf dessen privater Homepage stehen, in Kooperation mit anderen verfasste Werke dagegen auf der Seite des Instituts. Ein *institutional self-repository* stieß grundsätzlich auf größeres Interesse als ein fachspezifisches für die deutsche Politikwissenschaft generell.<sup>11</sup>

Auf Anhieb wurden Bibliotheken als mögliche Anbieter von Online-Repositories kaum genannt. Auf Nachfrage wurde aber mehrfach geäußert, dass die Bibliothek ein »gutes Medium« wäre, v. a. unter dem Gesichtspunkt eines einfacheren Retrievals durch eine Anbindung an Kataloge, aber auch durch eine gewisse Auszeichnung und Bewertung der Quellen, die damit in Verbindung gebracht wurde. Die Angst vor dem Internet als »Müllkippe« könne damit etwas abgebaut werden, wie einer der Befragten feststellte. Einer der Befragten regte an, dass sich Bibliotheken durchaus zutrauen sollten, sich als Verlage im Netz zu etablieren: Es wäre sehr hilfreich, hier »eine Institution im Hintergrund zu haben, die ähnlich funktioniert wie ein Fachverlag.«

Den Bibliotheken wurde v. a. eine wichtige Rolle bei der Langzeitarchivierung zugeschrieben. Zwei der Befragten hielten es für günstig, wenn es eine Institution gäbe, die sich allgemeiner um die Sicherung von Webseiten kümmern würde – etwa forschungsrelevante Server von Parteien, die sich ständig änderten, was etwa die Analyse zurückliegender Wahlkämpfe deutlich erschwere. Somit bestätigte sich hier die Relevanz großangelegter Archivierungsprojekte.

Allgemeine Aussagen über präferierte Repositories können hier jedoch nicht gemacht werden – dazu war den Befragten die Thematik einfach zu unbekannt und wohl auch das Sample der Befragten zu klein. Die Aussagen widersprachen aber zumindest nicht den Ergebnissen der DFG, die bei Geistes- und Sozialwis-

---

<sup>11</sup>Fachspezifische Portale waren überhaupt weitgehend unbekannt. Bis auf eine Ausnahme kannte keiner der Befragten die Virtuelle Fachbibliothek Politikwissenschaft.

senschaftlern eine breite und relativ gleichmäßige Streuung über die vier wesentlichen Informationsumgebungen »Homepage des Autors«, »Homepage der Institution«, »Universitärer Schriftenserver« und »Server der Disziplin« festgestellt hatte (vgl. etwa Fournier 2005b, 237). Dies dürfte auch das Stimmungsbild der befragten Politikwissenschaftler wiedergeben.

Auf einen interessanten Punkt sei noch hingewiesen. Ausgerechnet der »Netzaktivste« der Befragten, der mit seinen Fachkollegen zahlreiche Dokumente über das Internet austauscht und dabei auch vom Verlag erhaltene gebrandete Versionen seiner eigenen Artikel umfangreich verschickt, macht dies nicht über Repositories (diese waren ihm völlig unbekannt), sondern über ein ausgeklügeltes E-Mail-Verteilersystem. Als Motivation für diesen umfangreichen Austausch gab er an, dass es häufig einfach zu lange dauere, auf die »richtige Veröffentlichung« in einer Zeitschrift zu warten. Außerdem sei an diesem System sehr angenehm, dass man hier nur Literatur erhalte, »die man sowieso lesen muss« und sich nicht durch häufig irrelevante Artikel durcharbeiten müsse.

Ironischerweise unterminiert dieses Szenario die Idee von Open-Access-Repositories: Diese erschienen dem befragten Politikwissenschaftler nur als Orte, in denen viel irrelevanter Content enthalten ist. Er merkte denn auch an, dass es Open Access noch an »Exzellenzorten« fehle.

In diesem Interview wurde auch eine weitere Thematik besonders deutlich, die etliche der Befragten beschäftigte und die als Problem für Open Access angesehen wurde: die Angst davor, dass sich über Open Access und die damit verbundene Vereinfachung des Retrievals und auch des Publikationsvorganges der Druck zu publizieren weiter verschärfen könnte. So berichtete der Befragte davon, dass man auf Konferenzen häufiger gefragt werde: »Wie, Sie haben mein Paper nicht gelesen? Das habe ich doch erst vor 3 Tagen gepostet.« Generell ging er von einer »Beschleunigung des Wissensbetriebes durch Open Access« aus und fragte, ob es funktional sei, »die Schlagzahl weiter zu erhöhen.«

Auch andere der Befragten fürchteten eine Verschärfung des Szenarios des *publish or perish*. So wurde etwa bemängelt, dass es wegen der Beschleunigungen durch das Internet immer weniger »Nachdenkpausen« gebe. In diesem Zusammenhang wurde häufig auf Unterschiede in der Publikationskultur zwischen den Naturwissenschaften und den Geistes- und Sozialwissenschaften abgehoben. Die Publikationslogik der Naturwissenschaften sei generell mit Open Access und schnellem, freiem Zugriff viel einfacher in Einklang zu bringen. Für Geistes- und Sozialwissenschaftler sei ein Publikationsverhalten wie das der Naturwissenschaftler dagegen häufig sehr befremdlich:

Das sind unterschiedliche Welten, so wie Mikrobiologen arbeiten, das ist für mich völlig abstrus, da wäre ich völlig in Fesseln, oder ich müsste Fesseln aushändigen, das ist aber nicht besser, als selber in Fesseln zu sein... Diese feinziselierten Aufgaben... diese abstrus hohe Zahl der Veröffentlichungen, die Kollegen haben Veröffentlichungszahlen, wo sie vorgeblich jeden zweiten Tag einen neuen Aufsatz geschrieben habe, das finde ich aus der Perspektive des Geisteswissenschaftlers geradezu lächerlich.

Dies ist auch in der Literatur schon festgestellt worden. Der Sozialwissenschaftler Hinner (2003, 100) etwa warnt vor einer Reduzierung des »Ideenumsatz[es]« durch den Versuch, stets alles zur Kenntnis nehmen zu wollen. Reaktion auf eine solche »Überproduktion von Wissen« könne dann irgendwann nur noch sein, den bisher etablierten wissenschaftlichen Standard, dass man alles zu einem Thema schon veröffentlichte heranziehen müsse, fallenzulassen (Hinner 2003, 160).<sup>12</sup>

In einigen Interviews wurde in diesem Zusammenhang auch deutlich, dass man sich der Kultur des »lonely scholar« noch immer sehr verbunden fühlt und der Idee, mittels einer Veränderung der Publikationskultur auch die Teamarbeit und die Vernetzungen zwischen Wissenschaftlern zu verbessern, eher skeptisch gegenübersteht:

Vor dieser Art der Vernetzung, da habe ich einen Horror davor. Ich habe durchaus mit Kollegen zusammengearbeitet und ein Buch gemacht, aber nur mit Leuten, die ich gut kenne und bei denen ich weiß, dass ich denen vertrauen kann und dass ich dessen wissenschaftlichem Urteilsvermögen genauer vertrauen kann. Wir haben es hier ja nicht mit Versuchsreihen zu tun.... Bei uns ist man ja darauf angewiesen, Quellen einzuschätzen, blind den Einschätzungen von anderen zu vertrauen und da steht dann auch mein Name drauf, das kann ich nur machen, wenn ich genau weiß, mit wem ich es zu tun habe.

Hier schwingen auch grundsätzliche Vorbehalte gegenüber dem »schnellen Medium« Internet mit. Einige der Befragten hatten zwar keine Schwierigkeiten damit, dass durch das Internet und die dadurch möglichen schnelleren Kommunikationswege auch neue Formen der Zusammenarbeit möglich werden. Auch in der politikwissenschaftlichen Literatur über das Fach Politikwissenschaft gibt es viele positive Äußerungen über einen Ausbau der Teamarbeit.<sup>13</sup> Eindeutig war jedoch die Skepsis der Vorstellung gegenüber, durch Open Access quasi in milder Form dazu angehalten zu werden, mehr Forschungsarbeit in Teamarbeit zu erledigen. Das hatte für einige der Befragten eher den Beigeschmack eines Einflusses »von außen« auf die Forschungsgewohnheiten des Faches.

Als pragmatisches Ergebnis für die Vermittlung von Open Access kann damit festgehalten werden, dass der Aspekt der Ausweitung der Teamarbeit zumindest zurückhaltend behandelt werden und nicht als ein *per se* wünschbares Ziel beworben werden sollte. Die Vorschläge aus dem Positionspapier der ACLS (2005) halte ich – trotz vieler positiver Ansätze, wie etwa die Überwindung der starren vertikalen Hierarchien durch horizontale Web-Angebote und Workshops für Nachwuchswissenschaftler – für problematisch. Denn die Autoren betrachten in dieser Studie die am »lonely scholar« orientierte Fachkultur in den Geistes- und

---

<sup>12</sup>Lombardi (2000) sieht denn auch die eigene Rolle der Bibliothek im Internet-Zeitalter in der Informationsbegrenzung.

<sup>13</sup>Siehe z. B. Bellers und Kipke (1993, 239), für die das Prinzip der wissenschaftlichen Offenheit in »interdisziplinären, fachübergreifenden Teamarbeit von Wissenschaftlern« anzustreben ist.

Sozialwissenschaften als grundsätzliches Hindernis für Open Access und empfehlen, auf eine Änderung dieser Kultur hinzuwirken, um damit die Verbreitung von Open-Access-Angeboten steigern zu können (vgl. ACLS 2005, 36f). Da jedoch die Publikation ein Mittel der Verbreitung von Forschung ist und nicht umgekehrt, scheint es vielmehr geboten, dass sich Publikationsformen und deren Vermittlung den etablierten Forschungskulturen so weit als möglich anpassen sollten, statt diese unbesehen revolutionieren zu wollen.

\* \* \*

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Ausgangslage für Open Access in der deutschen Politikwissenschaft in zwei wichtigen Hinsichten von derjenigen in den Naturwissenschaften abweicht.

Zum einen spielen finanzielle Erwägungen nur eine untergeordnete Rolle. So war den befragten Politikwissenschaftlern die finanzielle Komponente von Open Access als *kostenlose* Zugang zu wissenschaftlichen Arbeiten größtenteils überhaupt nicht bewusst (Abschnitt 2.1). Dem entspricht, dass auch in der skizzierten »Monographienkrise«, anders als in der »Zeitschriftenkrise« der Naturwissenschaften, das monetäre Moment eine untergeordnete Rolle spielt und v. a. die mangelnde Betreuung durch Verlage und Lektorate beklagt wird (Abschnitt 2.2). In dem Maße, wie die Verteuerung der Wissenschaft nicht als Problem wahrgenommen wird, besteht auch kein Bewusstsein von Open Access als einer Lösung dieses Problems.

Zum anderen sind die spezifischen Merkmale online veröffentlichter Texte – die Möglichkeit zur Verlinkung im Text (Abschnitt 2.3) sowie zum einfacheren Austausch von Texten (Abschnitt 2.4) – für die Politikwissenschaft als einer von geschlossenen reflexiven Gedankengängen und der langfristigeren Arbeit des »lonely scholar« geprägten Disziplin von geringerem Interesse. Vielmehr erwarten die befragten Politikwissenschaftler sich von Online-Publikationen eine möglichst ausgeprägte Kontinuität mit den bekannten Printmedien, wie sie z. B. beim PDF-Format gegeben ist.

Im Gegensatz zu den STM-Disziplinen scheinen also im Fall der Politikwissenschaft weder finanzielle Erwägungen noch auch die spezifischen Möglichkeiten einer Online-Publikation auszureichen, um das Bewusstsein für und das Interesse an Open Access zu stärken. Mit welchen spezifischen Argumenten lässt sich also einem Politikwissenschaftler das Publizieren via Open Access vermitteln? Dieser Frage soll das nächste Kapitel nachgehen.

### **3 Spezifische Argumente für Open Access in der deutschen Politikwissenschaft**

In den letzten beiden Kapiteln habe ich erörtert, wie die Voraussetzungen in der Politikwissenschaft als Geistes- und Sozialwissenschaft für das elektronische Publizieren und damit auch für Open Access aussehen. In diesem Kapitel sollen zwei Argumente für Open Access entwickelt werden, die auf die fachlichen Besonderheiten der deutschen Politikwissenschaft ausgerichtet sind und damit insbesondere auf eine fachadäquate Vermittlung abzielen.

Zunächst werde ich eine Argumentation für wissenschaftliches Publizieren per Open Access skizzieren, welche an die Rolle der Politikwissenschaft in Deutschland als einer »Demokratiewissenschaft« mit einem Informationsauftrag für die gesamte Gesellschaft anknüpft. Open Access soll als eine Möglichkeit beschrieben werden, um politisch interessierten Bürgern einen ungehinderteren Zugang zu Forschungsergebnissen als bisher zu ermöglichen. Bei dieser Argumentation beziehe ich mich maßgeblich auf Einführungsliteratur zur Politikwissenschaft, da diese als »Visitenkarte« des Faches (Ernst 1994, 131) das Selbstverständnis des Faches besonders deutlich widerspiegelt (Abschnitt 3.1).

Zielt diese erste Argumentation quasi auf eine »externe«, gesellschaftliche Rolle der Politikwissenschaft ab, so werde ich danach ein zweites Argument skizzieren, welches auf die Open-Access-Thematik als ein Gegenstand politikwissenschaftlicher Forschung abzielt und damit sozusagen »intern« ausgerichtet ist (Abschnitt 3.2).

Im Anschluss werden die Reaktionen der befragten Jenaer Politikwissenschaftler auf die beiden Argumentationslinien dargestellt; weitere Überlegungen über die Möglichkeiten zu einer Veränderung der Publikationskultur im universitären und gesellschaftlichen Gesamtsystem, die sich dabei ergeben haben, werden ebenfalls kurz umrissen (Abschnitt 3.3).

#### **3.1 Die externe Perspektive: Der gesellschaftliche Auftrag an die deutsche Politikwissenschaft als Demokratiewissenschaft**

Wie schon an früherer Stelle ausgeführt, ist die deutsche Politikwissenschaft eine junge Disziplin, die sich rasch entwickelte und bis heute heterogen geblie-

ben ist. Ein Grundbezugspunkt ist dabei seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland immer deutlich geblieben: die der Verankerung der Politikwissenschaft als »Demokratiewissenschaft«,<sup>1</sup> deren ganz wesentliche gesellschaftliche Funktion darin besteht, nach den Erfahrungen der Weimarer Republik die westlich-demokratischen Strukturen im Bewusstsein der Bürger zu verankern, die kritische Einstellung gegenüber dem Staat und dem politischen Prozess zu fördern und es den Bürgern somit zu erlauben, einen möglichst neutralen und unabhängigen Standpunkt gegenüber dem öffentlichen Geschehen einnehmen zu können (vgl. Ernst 1994, 14ff).

In den 1950er und den frühen 1960er Jahren wurde dieser »normativ-pädagogische Anfang« (Bellers 1999, 8) der Politikwissenschaft v. a. darin deutlich, dass eine stark normativ ausgerichtete Politische Philosophie den Kern des Faches darstellte. Als die Politikwissenschaft in den 1960er und 1970er Jahren zum einen unter dem Einfluss der Kritischen Theorie kritisch-dialektisch wurde und zum anderen empirische Fragestellungen und empirisch-analytische Methoden zunehmend relevanter wurden, geriet dieser ursprüngliche Ansatz in die Kritik. Der normativ-demokratiewissenschaftliche Ansatz galt als bürgerlich-reaktionär und wurde v. a. mit der mangelnden Bereitschaft zur Vergangenheitsbewältigung in den 1950er Jahren in Verbindung gebracht; das Teilgebiet der Politischen Philosophie / Politischen Theorie geriet angesichts der Bevorzugung empirischer Methoden in den 1970er Jahren generell unter Druck, und damit auch die normative Ausrichtung des Faches überhaupt. Nachdem sich aber der Methodenstreit in den 1980er Jahren beruhigt hatte und die Politische Philosophie / Politische Theorie ihren Platz als gleichberechtigte Disziplin innerhalb der Politikwissenschaft sichern konnte, lebte das normative Element in der deutschen Politikwissenschaft wieder auf. Die deutsche Einheit bewirkte dann sogar eine gewisse Renaissance der frühen »demokratiestiftenden« Ausrichtung. Jörg Ernst bemerkt etwa, dass in den neuen Bundesländern die »Vermittlung demokratischer Grundelemente nach westlicher Provenienz eine große Bedeutung« habe und dass dies für die Politikwissenschaft »zumindest eine partielle Reaktivierung ihrer demokratiewissenschaftlichen Aufgabe« zur Folge habe, »womit sich in dieser Hinsicht der Kreis zu den westdeutschen Anfängen des Faches schließt.«<sup>2</sup> (Ernst 1994, 15)

Die wohl bekannteste öffentliche Institution, welche auf diese Funktion der Politikwissenschaft ausgerichtet ist, ist die Bundeszentrale für Politische Bildung. Diese veröffentlicht bedeutende Monographien von namhaften deutschen Politikwissenschaftlern und macht sie dem Bürger sehr günstig über eine sogenannte

---

<sup>1</sup>Diese Formulierung stammt von Hans Peter Schwarz (Ernst 1994, 18).

<sup>2</sup>Für eine ähnliche Einschätzung siehe Mohr (1995, 17).

Bereitstellungspauschale zugänglich.<sup>3</sup> Das Anliegen der Bundeszentrale ist ein genuin demokratiewissenschaftliches. In ihrem Leitbild heißt es:

Die Bundeszentrale für politische Bildung orientiert sich mit ihrem Bildungsangebot an den Grundfragen der demokratischen Entwicklung und des gesellschaftlichen Zusammenlebens. [...] Unser Ziel ist es, das demokratische Bewusstsein in der Bevölkerung zu fördern und die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland zu motivieren und zu befähigen, mündig, kritisch und aktiv am politischen Leben teilzunehmen.<sup>4</sup>

Das von der Bundeszentrale angewandte Geschäftsmodell könnte prinzipiell als eine Art »Papiervariante« von Open Access betrachtet werden, da die Kosten für die Publikation im Wesentlichen bei der Anbieterinstanz verbleiben und das Retrieval möglichst kostenfrei bleiben soll. Allerdings unterstützt die Bundeszentrale dabei aber im Wesentlichen nur das herkömmliche Publikationsmodell, da die von ihr vertriebenen Werke fast alle schon vorher in Verlagen veröffentlicht wurden. Die Bundeszentrale kauft diese Werke von den Verlagen *nochmals* auf, so dass hier sogar schon, in Erweiterung der von Klaus Graf skizzierten »Vierfachsubventionierung« (siehe S. 5) von einer »Fünffachsubventionierung« gesprochen werden kann.

Einen Weg hin zum »echten« Open Access weist dagegen die von der Bundeszentrale herausgegebene Zeitschrift *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Diese ist nicht nur vom Geschäftsmodell her, sondern auch von der Möglichkeit des elektronischen Retrievals vollständig per Open Access zugänglich. Die Zeitschrift ist auch weitgehend etabliert, wenn sie sich auch noch nicht mit den wichtigsten politikwissenschaftlichen Zeitschriften messen kann – sie dient weniger als Forum für politikwissenschaftliche Fachdebatten, sondern ist eher auf die gesellschaftliche Vermittlungsfunktion ausgerichtet.

Abgesehen von Angeboten von staatlicher Seite aus zeugen auch diverse Angebote im Internet von dem Wunsch nach einer bürgerorientierten Vermittlung politischer Inhalte. Die Internet-Seite politik.digital<sup>5</sup> etwa hat es sich zum Ziel gesetzt, ein Forum für politische Fragestellungen zu bieten, und lädt immer wieder Politikwissenschaftler ein, sich zu Wort zu melden, oder führt Interviews mit diesen. Es gibt auch Verlagsangebote in dieser Richtung, die aber natürlich darauf ausgerichtet sind, Werbung für die Produkte der Verlage zu machen.<sup>6</sup>

Von einem großen Interesse an politischer Vermittlung zeugen weiterhin die zahlreichen Politik-Blogs, die sich mittlerweile im Internet etabliert haben. Die

---

<sup>3</sup>Für genauere Informationen über diese Pauschale sowie sonstige noch anfallende Kosten (wie etwa Porto) siehe [http://www.bpb.de/shop/DW8974,0,Allgemeine\\_Hinweise\\_zu\\_Bestellungen.html](http://www.bpb.de/shop/DW8974,0,Allgemeine_Hinweise_zu_Bestellungen.html). Entsprechende Angebote machen auch die Landeszentralen für Politische Bildung.

<sup>4</sup>Siehe <http://www.bpb.de>

<sup>5</sup>Siehe <http://www.politik-digital.de>

<sup>6</sup>Hier wäre etwa die PIN (Politik im Netz) vom Nomos Verlag zu nennen (siehe <http://www.politik-im-netz.com/>). Das Angebot ist zur Zeit allerdings eingestellt worden und wird nicht mehr aktualisiert.

wissenschaftliche »Blog-Forschung« kommt zu dem Ergebnis, dass das Internet bei der politischen Informationsvermittlung eine beachtenswerte Rolle spielt<sup>7</sup> und dass sich hier eine »neue Konstellation von Wissen und Nichtwissen, von zertifiziertem Wissen und Erfahrungswissen« ergibt, welche »die Grenzen zwischen Wissenschaft auf der einen und politischen Öffentlichkeiten auf der anderen Seite zunehmend als unscharf erscheinen [lässt].« (Bösch, Kropp und Soentgen 2007, 223)

Vor dem Hintergrund der Rolle von Politikwissenschaft als dem Bürger verpflichtete »Demokratiewissenschaft«, wie sie im Auftrag der Bundeszentrale für Politische Bildung deutlich wird, einerseits, und der Schlüsselrolle, die dem Internet als Quelle politischer Information und Ort demokratischen Diskurses bereits zukommt, andererseits, zeichnet sich eine klare Vermittlungsstrategie für die Publikation politikwissenschaftlicher Forschung via Open Access ab: Hier bietet sich eine fast einzigartige Möglichkeit, dem interessierten Bürger in unkomplizierter und jedem zugänglicher Form, in einem diskursiven Umfeld und mit der Möglichkeit differenzierter Suche die Ergebnisse und Reflexionen politikwissenschaftlicher Forschung verfügbar zu machen. In pragmatischer Hinsicht käme bei der Vermittlung dieses Ansatzes insbesondere der Bundeszentrale für Politische Bildung eine Schlüsselrolle zu, da diese zum einen dem Open-Access-Projekt gerade aus »demokratiewissenschaftlichem« Antrieb ohnehin nahe steht und zum anderen das Renommee eines »Exzellenzzentrums« – zumindest in Grundzügen – längst besitzt.

### **3.2 Die interne Perspektive: Open Access als möglicher Gegenstand für politikwissenschaftliche Forschung**

Für die meisten wissenschaftlichen Disziplinen ist das Thema Open Access nur »fachäusserlich« und kann nicht Gegenstand der Forschung werden. Open Access ist z. B. für einen Physiker nur soweit interessant, wie es die Weitergabe seiner wissenschaftlichen Forschungsergebnisse angeht, spielt aber bei diesen For-

---

<sup>7</sup>Gerhard Vowe und Martin Seifert haben etwa festgestellt, dass das Internet einen »kleine[n], aber dauerhaft signifikante[n] ›Mobilisierungseffekt‹ [...] auf die individuelle politische Kommunikation« bewirke. Zwar würden »[t]raditionelle Formen der Kommunikation [...] dadurch nicht ersetzt« und das Internet habe nicht dazu geführt, dass Menschen »in die Rolle von politischen Kommunikatoren« schlüpfen; auch gebe es kaum Menschen, die sich aus politischen Motiven einen Internetzugang zulegen. Aber »politische Wirkungen hat der Internetzugang dennoch. Die Bürger nutzen das Netz auch dafür, sich mehr als bisher politisch zu informieren.« (Vowe und Seifert) Dies bestätigt auch der Soziologe Jan Schmidt, der über Blogs forscht. Ihm zufolge schreiben etwa ein Drittel der aktiven Blogger auch über politische Themen, und ungefähr ein Drittel lese politische Blogs. Politikblogger könnten grundsätzlich zu Multiplikatoren und Meinungsführern werden, wenn dies auch noch nicht so weit ausgeprägt sei wie in den USA. Blogger in Deutschland werden zu »bestimmten Themen Anlaufstelle«, was aber »nur eine begrenzte Reichweite« habe. Bei bestimmten politischen Themen (wie etwa Informationstechnologie, Datenschutz und Bürgerrechte) könnten sich »durchaus politische Öffentlichkeiten in der Blogosphäre in Deutschland ausbilden [...], die sehr wichtig für den generellen Diskurs sein können.« (in Schwarzmann)



schungsergebnissen selber keine Rolle. An eine quantenmechanische Abhandlung über Open Access schneller und günstiger heranzukommen, ist bedeutsam; der Inhalt der Abhandlung wird davon aber kaum beeinflusst werden.

Bei der Politikwissenschaft kann dies anders sein. Denn Open Access ist als gesellschaftlich relevante Thematik ein potenzieller Gegenstand der politikwissenschaftlichen Forschung. Hier soll erörtert werden, wie die Thematik in etablierte politikwissenschaftliche Forschungen eingebracht werden und damit sozusagen direkt »von innen heraus« wirken könnte.

Der naheliegendste Anknüpfungspunkt ist zweifellos das Forschungsfeld über die öffentliche Internet-Kommunikation, welches in der Politikwissenschaft in den letzten Jahren größeres Interesse gefunden hat. Interessant ist hierbei v. a. die Forschungsrichtung, welche sich mit den Voraussetzungen und den Ansprüchen an eine zu verwirklichende Digitale Demokratie auseinandersetzt.

Besonders umfangreiche und interessante Forschungen auf diesem Gebiet hat Gerhard Vowe geleistet. Ausgehend von der These, dass der Informationsbegriff für die Politikwissenschaft schon seit jeher eine große Rolle spiele,<sup>8</sup> verweist Vowe auf den direkten Zusammenhang zwischen der Zugänglichkeit von Information und der politischen Partizipation. Information ist für ihn »zentrale Voraussetzung für Partizipation« und die Tatsache, dass die »Chancen zur Partizipationskommunikation« (Vowe 2004, 16) sozial ungleich verteilt sind, und dies v. a. auch bei der Nutzung von Online-Medien, führe zu einer grundsätzlichen normativen Schieflage: Denn Information ist ein »tragendes Moment von politischer Kultur« und eine angemessene Informationsvermittlung deshalb die »Voraussetzung legitimer politischer Ordnung« schlechthin. Regelungen über die Zugänglichkeit politischer Information in den Medien sind für ihn »grundlegende Ordnungsentscheidungen«. (Vowe 2004, 17)

Vowe betont besonders, dass eine »Politik für Informationen« für das Analysefeld der Politikwissenschaft von besonderer Bedeutung sei. Anliegen einer solchen »Politik für Information« sei insbesondere die Schaffung einer Infrastruktur für Informationsversorgung in allen Bereichen »von der öffentlichen Bibliothek bis zu Fachinformationszentren«, sowie die »Förderung der Nutzung computervermittelter Kommunikation« in Schulen zur Überbrückung des »Digital Divide«, die »De-Regulierung bei Informationsbeschränkungen« und die Durchsetzung von »Regeln für Information«, d. h. technische Standards. All dies hänge auch mit allgemeineren »soziopolitischen Rechten« zusammen, etwa der »Ge-

---

<sup>8</sup>Der Informationsbegriff spiele schon im antiken Griechenland eine große Rolle; die Agora sei als Zentrum öffentlicher Information verstanden worden und die Staatsformen des Aristoteles sind für Vowe nichts anderes als »Informationskonstellationen«. Auch Cicero verwende den Informationsbegriff in einem politischen Kontext, wenn er die Tätigkeit des politischen Redners beschreibt. Auch bei Autoren der Moderne, wie etwa Rousseau, Kant, Marx und Weber spiele der Informationsbegriff eine wesentliche Rolle. In der zeitgenössischen Politik- und Sozialwissenschaft sei die Rolle des Informationsbegriff dann besonders prominent: Bei David Easton etwa werde »Politik konsequent als ein Informationssystem gedacht« und für Niklas Luhmann bestehe Politik »aus nichts anderem als Kommunikation«.

währleistung eines Grundrechts auf freien Zugang zu Information durch die UNESCO« (Vowe 2004, 15).<sup>9</sup>

Kritisch merkt Vowe an, dass die damit zusammenhängenden normativen Fragen bisher nur spärlich untersucht worden sind. Generell habe der Informationsbegriff in der Politikwissenschaft zwar stark an Bedeutung gewonnen, was zum einen stark an innerwissenschaftlichen Gründen (etwa in der Politischen Theorie die Auseinandersetzung mit *Rational Choice*), aber zum anderen auch an außerwissenschaftlichen Gründen liege, nämlich an der starken Bedeutungszunahme der Informationsgesellschaft. Die Politikwissenschaft müsse noch einen eigenständigen Informationsbegriff erarbeiten, der entsprechend an etablierte politikwissenschaftliche Denkweisen anzuschließen wäre (Vowe 2004, 17ff).

Gerade an dieser Stelle kann nun eine Argumentation für Open Access ansetzen. Wenn normativ von Digitaler Demokratie und der Überwindung des »Digital Divide« gesprochen wird, dann schließt sich ganz von selbst folgende Frage an: Warum betreibt die Politikwissenschaft selbst nicht die Digitale Demokratie und überwindet den »Digital Divide«, indem sie ihre Forschungen kostenfrei online zur Verfügung stellt? Warum wendet sie, abstrakter gesprochen, ihre normativen Ansprüche nicht auf sich selbst an?

Pragmatisch ergibt sich des Weiteren eine konkrete strategische Perspektive zur Beförderung von Open-Access-Publikationen in der Politikwissenschaft. Je mehr Arbeiten wie diejenige Vowes zur Politik der Information explizit Bezug nehmen auf Open Access als Mittel und Merkmal der Digitalen Demokratie, je mehr Open Access also *Thema* und Gegenstand der Politikwissenschaft wird, desto größer wird die Überzeugungskraft der genannten Argumentation; sie könnte sich schließlich geradezu von selbst aufdrängen.

Von einer solchen Situation ist die Politikwissenschaft aber noch weit entfernt. Nicht einmal Vowe thematisiert Open Access in seiner genannten Arbeit. Ähnlich steht es mit anderen, verwandten Ansätzen. In Alexander Siedschlags Überblicksartikel zu den verschiedenen politikwissenschaftlichen Forschungsansätzen in der Thematik Internet und Politik etwa kommt die Thematik Open Access nicht vor, obwohl sich hier zahlreiche Anknüpfungspunkte ergeben würden. So kommt er ähnlich wie Gerhard Vowe zu dem Schluss, dass sich die Frage nach der »guten Ordnung und den politischen Instrumenten, die zu ihrer nachhaltigen Verwirklichung nötig sind, auf dem Feld von Internet und Politik neu [stellen].« Der neue »Netzaktivismus« habe zu einem »neuen Typ politischer Partizipation« mit geringeren »finanziellen Hürden« geführt; das »politische Internet« sei unter dieser Perspektive ganz »besonders forschungswürdig« und habe der Politikwissenschaft einen »weiteren Impetus unmittelbarer politischer Relevanz« verliehen (Siedschlag, 2).

Dies ließe sich leicht auf die Open-Access-Thematik beziehen, auch unter der Perspektive, dass Siedschlag das Internet als eine »virtuelle Verantwortungsge-

---

<sup>9</sup>Für weitere Betrachtungen zum »Digital Divide« und der »digitalen Agora« siehe Vowe und Emmer.

meinschaft« begreift, in welcher der »freie Zugang zu Informationen« verwirklicht und eine Digitale Spaltung mit sozialen Ausschlussmechanismen verhindert werden sollte (Siedschlag, 4); er selbst stellt diesen Bezug aber noch nicht her.

In der Open-Access-Debatte werden häufig auch andere Themen in einer Art und Weise diskutiert, die sich leicht auf weitere politikwissenschaftliche Fachdebatten beziehen ließen. So stellt etwa Dieter Stein fest, dass Open Access »bemerkenswert viel gemein« habe mit einem »demokratischen, internetbasierten qualitätsgesicherten Diskurs [...]«, welcher in einen »größeren, auch politischen Kulturwandel« mit eingebettet und auf »offene[n], nicht durch Machtstrukturen verstellte[n] Zugang zu den beiden Domänen, Wissenschaft und Politik« in einer Zivilgesellschaft abzielt, die Stein als »Kollektivgut-Vorstellung« begreift (Stein 2004, 13). Diese Verwendung des »Kollektivgut-Argumentes« kann leicht an die Rawlssche *Theorie der Gerechtigkeit*, einen der wichtigsten klassischen politikphilosophischen Texte des 20. Jahrhunderts, angeschlossen werden: Sie verwendet eine sehr ähnliche Begrifflichkeit und einen durchaus vergleichbaren gerechtigkeitstheoretischen Rahmen.<sup>10</sup> Auch wäre es leicht möglich, Ansätze aus dem Open-Access-Lager, welche sich auf Gerechtigkeit gegenüber der Dritten Welt abzielen (siehe etwa Ghosh und Das (2006) oder Seibold (2004)) auf politikwissenschaftliche Fragestellungen zu beziehen, etwa im Teilgebiet der Internationalen Politik.

Die hier angedeuteten Bezugsmöglichkeiten sind bisher noch nicht einmal in ihren Grundzügen hergestellt worden. In den politikwissenschaftlichen Einführungsbüchern wird die Thematik an keiner Stelle erörtert, und auch in neueren Artikeln über die gesellschaftlichen Auswirkungen der neuen Informationstechnologien bleibt die Fragestellung des politikwissenschaftlichen Publizierens völlig ausgeklammert.<sup>11</sup> Durch solche und andere Verknüpfungen könnte das Bewusstsein für Open Access in der Politikwissenschaft geschärft und der Übertragung normativer Ansätze auf die eigene Disziplin stärkere Überzeugungskraft verliehen werden.

### **3.3 Die Politikwissenschaft zwischen interner und externer Perspektive: Reaktionen der Jenaer Politikwissenschaftler**

Die beiden von mir entwickelten Argumentationslinien stießen in den Interviews im Wesentlichen auf Zustimmung.

Auf ungeteilte Zustimmung stieß der Vorschlag, die Open-Access-Thematik verstärkt in die politikwissenschaftliche Fachdebatte einzubringen. Dies wurde

---

<sup>10</sup>Die ACLS (2005) verwendet das Kollektivgut-Argument in ähnlicher Art und Weise.

<sup>11</sup>So etwa auch in einem von Klaus Leggewie herausgegebenen Sammelband über Politik- und Gesellschaftsberatung (siehe Leggewie 2007).

allgemein für sehr interessant gehalten; auch wurde bestätigt, dass die Thematik bisher stark vernachlässigt worden sei. Die nicht vorhandene Übertragung der Argumente für eine Digitale Demokratie auf das Publikationsverhalten der Politikwissenschaft hielten fast alle der Befragten für einen Mangel. Eine typische Aussage war: »Das stimmt, da reflektiert nie jemand drüber, da ist nicht drüber nachgedacht worden.«

Was die in Abschnitt 3.1 skizzierte Argumentationslinie, die besondere Verantwortung der Politikwissenschaft als »Demokratiewissenschaft«, angeht, war das Echo etwas geteilter. Fast alle betonten, dass die Politikwissenschaft insofern eine Sonderstellung einnehme, als sie sich »mit einem Gegenstand befasst, der [...] von erheblicher Relevanz ist« und deshalb den »Draht für Öffentlichkeitsarbeit [...] nicht komplett verlieren [darf].« Politikwissenschaft solle »aktuellen Entwicklungen nachfolgen«, denn »da hat man eine gewisse Verantwortung, dafür werden wir mit Steuergeldern auch bezahlt. Wir sollten nicht nur einen Elitendiskurs betreiben und Studenten ausbilden.« Einer der Befragten stellte fest, dass ein auch »öffentliches Renommee [...] unbedingt notwendig« sei. Zwar müsse nicht unbedingt »die hochtechnische Diskussion innerhalb des Faches« abgebildet werden, aber ein »öffentlicher Auftrag, das halte ich für elementar. Für diese Bereiche sollte man sich um weitestmögliche Verbreitung bemühen.« In diesem Zusammenhang wurde auch betont, dass eine »bessere Präsenz im Internet unabdingbar ist.« Einer der Befragten drückte sich folgendermaßen aus: »Open Access, das sollte auch für die Wissenschaftler gelten, das ist eine kerndidaktische Frage. Das heißt nicht nur die Auswahl der Inhalte und wie bereite ich das auf, im digitalen Zeitalter muss auch die Möglichkeit beachtet werden, dass man erstmal alles zur Verfügung stellt [...]«.

Trotz dieses grundsätzlich positiven Bekenntnisses bezogen aber ungefähr die Hälfte der Befragten den Öffentlichkeitsauftrag der Politikwissenschaft primär noch auf das klassische Zeitungsfeuilleton und assoziierten ihn auch häufig mit der Arbeit der sogenannten »Medienpolitologen«, die in Funk und Fernsehen, also herkömmlichen Medien, auftreten. Der primäre Bezug zu herkömmlichen Medien lag für viele am Unwissen daran, was man machen müsse, wenn man »über das Fachpublikum hinaus will«. Es fehle »eine Art Wegweiser oder eine Art Anleitung« für das Publizieren über Open Access im Internet.

Abgesehen von diesen eher technischen Problemen befürchteten drei der Befragten auch, dass die Politikwissenschaft als Demokratiewissenschaft nicht akzeptiert werde und dies dem »Image« des Faches eher abträglich wäre. So warnte etwa einer der Befragten davor, an den »Stil« der Politikwissenschaft der 1950er Jahre anzuknüpfen, da dies den »Vorwurf der demokratischen Propaganda« einbringen könne. Politikwissenschaftler dürften im Netz auch nicht mit »falscher Autorität« auftreten: »Man ist ja über den Punkt Demokratieaufbau hinaus. In einer gereiften Demokratie besteht leicht die Gefahr, dass man in allgemeinen Diskussionen Fachautorität in Anspruch nimmt, was der Sache nicht angemessen ist.« Dies gelte insbesondere für die neuen Bundesländer. Einer wies etwa auf ein Graffiti an der TU Chemnitz »Politikwissenschaft = Staatsbürgerkunde«

hin. Eine Positionierung von Politikwissenschaftlern in Internet-Foren könne als autoritäre Selbstanmaßung im Sinne einer »demokratischen Staatsbürgerkunde« erlebt werden und das »darf nicht sein.«<sup>12</sup> Einer der Befragten merkte an, dass eigentlich »kein normativer Handlungsdruck« bestehe, da die Aktivitäten im Internet »eher ein Randbereich sind« und die zentrale Frage eher die Ausbildung der zukünftigen Lehrer sei: »Wichtig ist die Lehrerbildung. Das läuft aber nicht über das Internet.«

Neben diesen Äußerungen über die Rolle, welche die Politikwissenschaft im gesellschaftspolitischen Vermittlungsfeld spielen kann (und sollte), warfen fast zwei Drittel der Befragten in diesem Zusammenhang die Frage auf, ob die Politikwissenschaft als »normale akademische Disziplin« angesichts dieser Anforderungen nicht überfordert werde. Viele sahen ein grundsätzliches Spannungsverhältnis zwischen einem legitimen gesellschaftlichen Anspruch an das Fach als vermittelnde »Demokratiewissenschaft« einerseits und den ebenfalls legitimen Ansprüchen an die Politikwissenschaft als Teil des universitären Systems andererseits. Eine größere Breitenwirkung habe zum Beispiel häufig zur Folge, dass sich die Politikwissenschaft innerhalb der Universität akademisch nicht mehr so gut positionieren könne: »Je breiter es wird, desto mehr ist es der Reputation abträglich«. Dies sei v. a. vor dem Hintergrund der Exzellenzinitiativen problematisch; hier müsse man darauf achten, nicht zu populär und verständlich zu schreiben, um überhaupt als akademisch seriös und förderungswürdig angesehen zu werden. Es müsse erst noch »zu einer Art Rollenverteilung kommen zwischen einer reinen Forschung wie in den Naturwissenschaften und einer Art angewandten Politik-Publizistik, die eine starke Nähe zu qualitativ hochwertigem Journalismus hat, dabei aber die Grundlagenforschung beobachtet, entsprechend übersetzt und öffentlichkeitswirksam verbreitet.« Dies müsse sehr genau austariert werden, um zu vermeiden, dass die Politikwissenschaft zwischen »zwei widersprüchlichen Logiken« zerrieben werde. Zum jetzigen Zeitpunkt könne das Fach auf jeden Fall »nur bis zu einem bestimmten Punkt« den doppelten Anforderungen der Breitenwirkung und der Forschung nach inneruniversitären Regeln Genüge tun. Es sei deshalb unfair, von der Politikwissenschaft zu viel zu erwarten. Deshalb sei die Open-Access-Thematik auch »kein Nageltest für die Politikwissenschaft«: Der »wissenschaftliche Verwertungszusammenhang« sei zu beachten und es müsse zwischen »Verfahren und Substanz«, zwischen dem, wie sich ein Fach (strategisch) nach außen positioniert und dem eigentlichen Gegenstand der Forschung unterschieden werden.

Wie wichtig die Frage nach der Positionierung der Politikwissenschaft ist, lässt sich an der Debatte um die Göttinger Politikwissenschaft ersehen, welche sich sehr um die Verbreitung politikwissenschaftlicher Forschungsergebnisse in den

---

<sup>12</sup>Diese Bedenken sind nicht neu und begleiteten die Politikwissenschaft von ihrer Etablierung in der Bundesrepublik Deutschland an. So waren die Widerstände gegen das Fach an den Hochschulen beträchtlich. Seine Einrichtung wurde vielerorts nicht nur als »Oktroyierung« erlebt, sondern es gab auch die »Befürchtung einer unerwünschten möglichen politischen Polarisierung der Hochschulen.« (Ernst 1994, 33)

Medien und auch im Internet bemüht und deshalb von der Göttinger Universitätsleitung stark kritisiert wurde. So ist es auch nicht verwunderlich, dass für die befragten Jenaer Politikwissenschaftlern primär Wissenschaftler aus der eigenen und aus angrenzenden Disziplinen Adressaten bei Publikationen sind und weitaus weniger die breitere Öffentlichkeit.

Auch in politikwissenschaftlichen Einführungsbüchern und in politikwissenschaftlicher Literatur ist häufiger von einer gewissen Doppelrolle des Faches die Rede, welche für die Politikwissenschaft nur schwer durchzuhalten sei. So verortet z. B. Arno Mohr das Fach im Spannungsfeld zwischen einem »Bildungs- und Wissenschaftsanspruch« (Mohr 1995, 13), Frank Nullmeyer unterscheidet zwischen einem »Funktionssystem Wissenschaft« und einem »Funktionssystem Politik«, welches nach grundsätzlich unterschiedlichen Regeln organisiert sei (Nullmeyer 2007, 171), und Jürgen Bellers sieht in der Politikwissenschaft als wissenschaftlicher Disziplin ein »ausdifferenziertes gesellschaftliches Teilsystem mit eigener Dynamik und (ggf. kritischer) Funktion« welches nicht »linear und platt mit der Politik (und deren Eigendynamik und Funktion) vermittelt werden« könne. (Bellers 1999, 8)

Die besondere Problematik der Politikwissenschaft, dieser Doppelrolle gerecht zu werden, kann die Unterscheidung zwischen zwei Modi der Wissensproduktion des Wissenssoziologen Hubert Knoblauch verständlicher machen. Der »Modus 1« ist an »disziplinären, kognitiven Ordnungen orientiert«, während der »Modus 2« in »breiteren, transdisziplinären Kontexten« gebildet wird und auch auf eine breitere Verbreitung der Forschungsergebnisse hin ausgerichtet ist. Die Parallelexistenz dieser zwei Modi kann dazu führen, dass »die Wissenschaft stark überfordert wird« (Knoblauch 2005, 274).

Ein weiteres Problem kommt dabei laut Knoblauch noch hinzu: Die stärkere Außenorientierung und bessere Integration in gesamtgesellschaftliche Kontexte kann auch dazu führen, dass die akademische Disziplin »ihre dominierende Rolle in der Erzeugung, Beurteilung und Vermittlung von Wissen verliert.« In einer modernen multimedialen Informationsgesellschaft, in der eine »Hybridisierung von theoretisch-analytischem und praktisch-angewandtem Wissen« stattfindet, könne sie auf eine Rolle von nur einer statt vieler »centers of expertise« reduziert werden (Knoblauch 2005, 275).

Genau diese Problematik spiegelte sich in zahlreichen Aussagen der befragten Politikwissenschaft wieder: die Angst, als Lohn für das Verlassen eines hart umkämpften universitären Feldes nur eine weitere Statusreduzierung der Politikwissenschaft erleben zu müssen. Diese Problematik muss in einer Vermittlung von Open Access im Sinne des in Abschnitt 3.1 skizzierten Argumentes berücksichtigt werden; sie bezeichnet die Grenzen einer solchen Argumentation.

\* \* \*

Die in diesem Kapitel vorgestellte Argumentation ist nur als sozusagen tentative zu verstehen – es ging hier darum, eine grundsätzliche Argumentationslinie

für Open Access in der deutschen Politikwissenschaft zu testen; der hier vorgestellte Ansatz leistet nicht mehr als eine grobe Vorstrukturierung für eine noch weiter zu entwickelnde Argumentationen. Festgehalten werden kann aber, dass die Einstellungen zu dieser Argumentation in zwei Richtungen gehen: Einerseits wird ein gewisser Handlungsbedarf durchweg anerkannt, um den Aufgaben und auch der grundsätzlichen Existenzberechtigung der Politikwissenschaft gerecht zu werden. Andererseits herrscht aber auch eine gewisse Skepsis vor, ob sich die Politikwissenschaft unter dem gegebenen Druck der Verhältnisse eine Öffnung in Richtung Open Access ohne weiteres leisten kann. Die Thematik in den Fachdebatten zu etablieren scheint völlig unproblematisch zu sein. Open Access in seiner Bedeutung für eine bessere Außendarstellung des Faches zu präsentieren, scheint jedoch sehr schwierig zu sein, da hier ein mannigfaltiges Interaktionsfeld zu berücksichtigen wäre, das zum jetzigen Zeitpunkt wohl nur schwer in den Griff zu bekommen wäre. Eine fachspezifische Argumentation für Open Access sollte daher vorerst wohl eher auf eine Etablierung des Themas in »internen« Fachdebatten und nicht zu sehr auf eine gesteigerte »Außenwirkung« des Faches durch Open Access setzen. Prinzipiell wäre zu berücksichtigen und anzuerkennen, dass »Wissenschaft [...] immer ein wenig Elfenbeinturm bleiben [muß].« (Bellers 1999, 8)





## **4 Schlussbetrachtung: Ausgangspunkte für die Vermittlung von Open Access in der deutschen Politikwissenschaft**

Ziel dieser Untersuchung war, die Publikationspraxis und die spezifischen Argumente für das Publizieren über Open Access in der deutschen Politikwissenschaft zu untersuchen. Ausgangspunkt waren dabei die verschiedenen Grundbedingungen wissenschaftlichen Publizierens in den Geistes- und Sozialwissenschaften. Der besonderen Situation in der Politikwissenschaft habe ich mich in Interviews mit Jenaer Politikwissenschaftlern genähert. Schließlich habe ich zwei spezifische Argumentationslinien für Open Access für die Politikwissenschaft skizziert und in Interviews ihre Überzeugungskraft sondiert.

Im Folgenden sollen die Ergebnisse dieser Arbeit soweit konkret mit Bezug auf strategische Handlungsmöglichkeiten gebündelt werden, wie sie für eine zukünftige (bessere) fachspezifische Vermittlungsstrategie von Open Access in der Politikwissenschaft relevant sind. Von wesentlicher Bedeutung scheinen mir dabei die folgenden fünf Punkte zu sein:

### **1. Aspekte trennen**

Eine fachspezifische Vermittlung für die Politikwissenschaft als ein geistes- und sozialwissenschaftlich geprägtes Fach sollte nicht daran orientiert sein, einfach ein für die STM-Disziplinen geschnürtes Paket mit dem dafür typischen Bündel an Argumenten zu vermitteln. Die Argumentation für Open Access sollte sich zunächst auf den wesentlichen Kern von Open Access konzentrieren, nämlich Texte online und für den Leser kostenfrei anzubieten. Weitere Aspekte, die damit nur sekundär zu tun haben, wie etwa die Reform der Gestaltung wissenschaftlicher Texte unter den Bedingungen elektronischen Publizierens oder die Änderung der Fachkultur hin zu mehr Teamarbeit, sollten zunächst außen vor gelassen werden, zumindest so lange, wie man nicht weiß, ob diese »Zusatzargumente« einer Vermittlung von Open Access für Politikwissenschaftler förderlich sind oder nicht.

### **2. Den Mainstream »abholen«**

Die durchgeführten Interviews zeugten zwar durchweg von einem großen Interesse und großem Wissen, was herkömmliche Publikationsstrukturen angeht,

aber auch von einem (noch) sehr niedrigen Kenntnisstand alternativer Möglichkeiten. Wie schon der erste Punkt andeutet, liegt der Grund hierfür nicht einfach in rückständiger Ignoranz auf Seiten der Politikwissenschaftler, sondern auch in fehlerhaften Vermittlungsstrategien der Open-Access-Bewegung. Für eine bessere Vermittlung ergeben sich damit zwei wesentliche Eckpunkte: Es muss zum einen besser auf den Kenntnisstand der Wissenschaftler und zum anderen mehr auf ihre Bedürfnisse eingegangen werden.

Zur Ermittlung sowohl des Kenntnisstandes als auch der Anforderungen des Mainstreams der Wissenschaftler bietet sich die hier angewandte Methode qualitativer Interviews an, in denen auch bisher nicht bekannte Interessen und Vorschläge aufgenommen werden können; dies hat sich als wichtige Alternative zur Verwendung quantitativer, vorstrukturierter Fragebögen bewährt, welche im Wesentlichen durch die Ansichten der Menschen geprägt sind, die sich mit elektronischem Publizieren und Open Access schon gut auskennen.

Auf den vorhandenen Kenntnisstand einzugehen, bedeutet insbesondere, die Grundlagen von Open Access explizit und verständlich darzustellen und nicht als bekannt vorauszusetzen. Es bedeutet zudem, von Polemik gegen die »Rückständigkeit« der »Open-Access-Verweigerer« abzusehen. Die im Einzelfall vielleicht berechtigte Kritik etwa von Klaus Graf am langsamen Voranschreiten von Open Access und einer skandalösen Vernachlässigung steuerlicher Quersubventionen oder von Stevan Harnad an Projekten zum hybriden Publizieren sind angesichts der Komplexitäten und dem Zwang zum Kompromiss v. a. gegenüber dem einzelnen Wissenschaftler oft unfair und werden kaum zu einer weiteren Verbreitung von Open Access beitragen. Eine Erklärung der niedrigen Verbreitung von Open Access durch »allgemeine Internetscheu« und »allgemeines Phlegma« (Graf 2004, 72) ist sicherlich nicht hilfreich. Statt von einem gesetzten Block sicherer und immunisierter Ansichten auszugehen, sollte man die eigenen Thesen so formulieren, dass sie noch falsifizierbar sind und somit neuen Erfahrungen gegenüber offenstehen (siehe dazu Unsworth 1997). Und diese neuen Erfahrungen können hauptsächlich beim Mainstream der Forscher gemacht werden.

### 3. Bewusstsein für Open Access stärken

Die Möglichkeiten, für Open Access Werbung zu machen, bieten sich für das Fach Politikwissenschaft nicht nur in einer Vermittlung hinsichtlich einer Reform der Publikationsstruktur »von außen«, sondern dieses Thema kann auch in die Fachdebatten selber eingebracht werden. Dies würde bedeuten, dass man (etablierte) Fachwissenschaftler, möglichst die Koryphäen, dazu gewinnen müsste, diese Thematik in die entsprechenden spezifischen Fachdebatten auch einzubringen.

Die Koryphäen müssten aber nicht nur aus einem »fachinternen« Grund gewonnen werden, sondern auch aus dem »externen« Grund, dass sie die größte Außenwirkung haben, wie etwa der in dieser Arbeit zitierte Otfried Höffe. Eine

Vermittlung könnte daran ansetzen, den Koryphäen zu vermitteln, was eigentlich die Interessen des »gewöhnlichen« Forschers beim Publizieren sind. Hier muss man den Widerspruch überwinden, dass gerade die prominentesten und medienwirksamsten Vertreter des Faches bei der wichtigen Thematik des Publizierens eine ganz andere Logik kennengelernt haben: nämlich, dass man durch die Publikation von Büchern Geld verdienen kann. Der »Mainstream« des Faches sollte dazu angehalten werden, entsprechend auf seine Interessen hinzuwirken und somit zu verhindern, dass nur die Position der Koryphäen nach außen dringt und dann medienwirksam wird. Vielleicht wäre hier anzuraten, sozusagen die Otfried Höffes des Faches mit »gewöhnlichen« Politikwissenschaftlern zusammenzubringen und gemeinsam Strategien für eine differenziertere Position zur Frage einer Reform des Urheberrechts und Open Access zu erarbeiten. Dies könnte dann auch den (notwendigen) Ausgangspunkt für eine notwendige *collective action* des gesamten Faches liefern.

#### 4. »Konservative« Publikationsformen im Open Access stärken

Ein spezifisches Paket für Open Access sollte sich generell nicht primär *gegen* sondern auch *für* etablierte Medienformen einsetzen und letztere nicht quasi mit den Verfehlungen des herkömmlichen Publikationssystems in Verbindung bringen. Von einem »fast forward« in Richtung Open Access, wie ihn etwa Harnad (2005) vorschlägt, ist abzuraten, zumindest, soweit dies bedeutet, etablierte und bewährte Publikationsformen und Publikationswege über Bord zu werfen und damit das Kind mit dem Bade auszuschütten. Statt dessen sollten die »printnahen« Aspekte einer Open-Access-Publikation stärker hervorgehoben werden: etwa die Möglichkeit einer hybriden Publikation und der Verwendung des PDFs als printäquivalentem Dateiformat.

#### 5. Die Monographienkrise nutzen

»Konservativ« zu denken heißt nicht, die konkreten Ansatzpunkte für eine Reform zu übersehen. In den Interviews ist deutlich geworden, dass die große Unzufriedenheit mit vielen Verlagen solche Ansatzpunkte bietet. Anders als in der »Zeitschriftenkrise« der STM-Disziplinen spielt hier aber weniger der Kostenfaktor als vielmehr die mangelnde Leistung der Verlage als »Exzellenzorte« eine Rolle. Auch wenn dies nicht mit Open Access *per se* verbunden ist, bietet sich hier die Möglichkeit, alternative neue Exzellenzorte für das wissenschaftliche Publizieren zu schaffen. Eine Schlüsselrolle könnte der Bundeszentrale für politische Bildung zukommen: Als längst etablierter »Exzellenzort« mit ohnehin großer Affinität zur Open-Access-Idee besitzt sie zudem die notwendigen Kompetenzen, hybrides Publizieren zu fördern, mit Verlagen zu kooperieren und auch als Transmissionsriemen für eine Vermittlung politikwissenschaftlicher Forschungsergebnisse an die Gesellschaft zu fungieren. Hier bietet sich ein fruchtbarer Ansatzpunkt für weitere Forschungsarbeiten.



# Literaturverzeichnis

**ACLS (2005):** *The Draft Report of the American Council of Learned Societies' Commission on Cyberinfrastructure for Humanities and Social Sciences (for public comment)*. [⟨URL: http://www.acls.org/cyberinfrastructure/acls-ci-public.pdf⟩](http://www.acls.org/cyberinfrastructure/acls-ci-public.pdf) – Zugriff am 19.12.2006

**Alemann, Ulrich von (1994):** *Grundlagen der Politikwissenschaft*. Opladen: Leske + Budrich

**Andermann, Heike (2004):** *Initiativen zur Reformierung des Systems wissenschaftlicher Kommunikation*. In: **R. Kuhlen, T. Seeger und D. Strauch (Hrsg.):** *Grundlagen der praktischen Information und Dokumentation*. München: Oldenbourg Verlag [⟨URL: http://www.epublications.de/Grundlagen\\_Information.pdf⟩](http://www.epublications.de/Grundlagen_Information.pdf), 561–565

**Antelman, Kristin (2006):** *Self-archiving practice and the influence of publisher policies in the social sciences*. In: *Learned Publishing*, 19, 85–95 [⟨URL: http://eprints.rclis.org/archive/00006023/01/antelman\\_self-archiving.pdf⟩](http://eprints.rclis.org/archive/00006023/01/antelman_self-archiving.pdf)

**Arnold, Kenneth (1993):** *The Scholarly Monograph is Dead. Long Live the Scholarly Monograph*. [⟨URL: http://www.arl.org/scomm/symp2/Arnold.html⟩](http://www.arl.org/scomm/symp2/Arnold.html) – Zugriff am 01.04.2007

**Bailey, Charles W. Jr. (2005):** *Open Access Bibliography. Liberating Scholarly Literature with E-Prints and Open Access Journals*. [⟨URL: http://www.digital-scholarship.com/oab/oab.pdf⟩](http://www.digital-scholarship.com/oab/oab.pdf)

**Banks, Marcus A.: Towards a Continuum of Scholarship: The Eventual Collapse of the Distinction Between Grey and non-Grey Literature**. [⟨URL: http://eprints.rclis.org/archive/00005803/01/GL7Paper\\_Final.pdf⟩](http://eprints.rclis.org/archive/00005803/01/GL7Paper_Final.pdf) – Zugriff am 09.11.2006

**Bargheer, Marego (2002):** *Qualitätskriterien und Evaluationswege für wissenschaftliche Internetressourcen. Ein Report für die bibliothekarische und dokumentarische Praxis. Report zum DFG-Projekt "Datenbankbasiertes Clearinghouse im Kontext digitaler Bibliotheken"*. Göttingen: Niedersächsische Staats- und Universitätsbibliothek [⟨URL: http://webdoc.sub.gwdg.de/ebook/aw/2003/bargheer/v10.pdf⟩](http://webdoc.sub.gwdg.de/ebook/aw/2003/bargheer/v10.pdf)

- Beckenbach, Niels (1993):** *Sozial- und Ingenieurwissenschaften. Zwei fremde Kulturen.* In: **Joseph Huber und Georg Thun (Hrsg.):** Wissenschaftsmilieus. Wissenschaftskontroversen und soziokulturelle Konflikte. edition sigma, 38–60
- Bellers, Jürgen (1999):** *Politikwissenschaft in Deutschland.* In: Rote Reihe. Diskussionspapiere des Faches Politikwissenschaft 28
- Bellers, Jürgen und Rüdiger Kipke (1993):** *Einführung in die Politikwissenschaft.* München: Oldenbourg Verlag
- Björk, Bo-Christer (2004):** *Open access to scientific publications - an analysis of the barriers to change?* In: iR information research 9, Nr. 2
- Bösch, Stefan, Cordula Kropp und Jens Soentgen (2007):** *„Gesellschaftliche Selbstberatung“: Visualisierung von Risikokonflikten als Chance für Gestaltungsöffentlichkeiten.* In: Von der Politik- zur Gesellschaftsberatung. Neue Wege öffentlicher Konsultation. Frankfurt am Main und New York: Campus, 223–246
- DFG (2005):** *Publikationsstrategien im Wandel? Ergebnisse einer Umfrage zum Publikations- und Rezeptionsverhalten unter besonderer Berücksichtigung von Open Access.* Weinheim: Wiley-VCH Verlag (URL: [http://www.dfg.de/dfg\\_im\\_profil/zahlen\\_und\\_fakten/statistisches\\_berichtswesen/open\\_access/download/oa\\_ber\\_dt.pdf](http://www.dfg.de/dfg_im_profil/zahlen_und_fakten/statistisches_berichtswesen/open_access/download/oa_ber_dt.pdf))
- DFG (2006):** *Elektronisches Publizieren im wissenschaftlichen Alltag. Überlegungen zur Integration elektronischer Publikationsformen in die Geisteswissenschaften.* (URL: [http://www.dfg.de/forschungsfoerderung/wissenschaftliche\\_infrastruktur/lis/download/elektr\\_publizieren.pdf](http://www.dfg.de/forschungsfoerderung/wissenschaftliche_infrastruktur/lis/download/elektr_publizieren.pdf)) – Zugriff am 08.11.2006
- Ernst, Jörg (1994):** *Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland.* Münster: agenda Verlag
- Ewing, J. H. (2002):** *In defence of caution.* In: Learned Publishing, 15, Nr. 3, 231–233 (URL: <http://docserver.ingentaconnect.com/deliver/connect/alpsp/09531513/v15n3/s12.pdf>)
- Ferry, Sharmila Pixy (2002):** *The Effects of Computers on Traditional Writing.* In: Journal of Electronic Publishing, 8, Nr. 1 (URL: <http://www.press.umich.edu/jep/08-01/ferris.html>)
- Fournier, Johannes (2005a):** *In die Zukunft publizieren. Positionen und Reflexionen.*
- Fournier, Johannes (2005b):** *Zur Bedeutung von Open Access für das Publikationsverhalten DFG-geförderter Wissenschaftler. Bericht über die Ergebnisse einer Umfrage im Auftrag der Deutschen Forschungsgemeinschaft.* In: Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie,, Nr. 5, 235–244

- Ghosh, S. B. und Anup Kumar Das (2006):** *Open access and institutional repositories – a developing country perspective: a case study of India.* In: Proceedings IFLA Council and General Conference (72nd : 2006 : Seoul). [⟨URL: http://eprints.rclis.org/archive/00006391/01/157-Ghosh\\_Das-en.pdf⟩](http://eprints.rclis.org/archive/00006391/01/157-Ghosh_Das-en.pdf)
- Gibson, Stephanie (1996):** *Is All Coherence Gone? The Role of Narrative in Web Design.* In: *Interpersonal Computing and Technology: An Electronic Journal for the 21st Century*, 4, Nr. 2, 7 [⟨URL: http://www.helsinki.fi/science/optek/1996/n2/gibson.txt⟩](http://www.helsinki.fi/science/optek/1996/n2/gibson.txt)
- Gradmann, Stefan (2004):** *Vom Verfertigen der Gedanken im digitalen Diskurs: Versuch einer wechselseitigen Bestimmung hermeneutischer und empirizistischer Positionen.* In: *Historical Social Research*, 29, Nr. 1, 56–63
- Graf, Klaus (2004):** *Wissenschaftliches E-Publizieren mit "Open Access" - Initiativen und Widerstände.* In: *Historical Social Research*, 29, Nr. 1, 64–75 [⟨URL: http://www.zeitenblicke.de/2003/02/pdf/graf.pdf⟩](http://www.zeitenblicke.de/2003/02/pdf/graf.pdf)
- Harnad, Stevan (1995):** *The Post-Gutenberg Galaxy: How to Get There From Here.* In: *The Information Society*, 4, 285–291 [⟨URL: http://cogprints.org/1689/00/thes.html⟩](http://cogprints.org/1689/00/thes.html)
- Harnad, Stevan (2005):** *Fast-Forward on the Green Road to Open Access: The Case Against Mixing Up Green and Gold.* In: *Ariadne*, 42 [⟨URL: http://www.ariadne.ac.uk/issue42/harnad/intro.html⟩](http://www.ariadne.ac.uk/issue42/harnad/intro.html)
- Harnad, Stevan et al. (2004):** *The Access/Impact Problem and the Green and Gold Roads to Open Access.* In: *Serials Review*, 30, Nr. 4 [⟨URL: http://www.nature.com/nature/focus/accessdebate/21.html⟩](http://www.nature.com/nature/focus/accessdebate/21.html)
- Hartmann, Jürgen (2003):** *Geschichte der Politikwissenschaft.* Opladen: Leske + Budrich
- Hilty, Reto M. (2007):** *Falsch verstandener Heimatschutz.* In: *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 84, 18
- Hinner, Kajetan (2003):** *Wissenschaft im Zeitalter des Internet.* Berlin: Logos Verlag
- Höffe, Otfried (2006):** *Das kulturelle Tafelsilber.* In: *FR online*, [⟨URL: http://www.frankfurter-rundschau.de/in\\_und\\_ausland/kultur\\_und\\_medien/feuilleton/?em\\_cnt=998934⟩](http://www.frankfurter-rundschau.de/in_und_ausland/kultur_und_medien/feuilleton/?em_cnt=998934)
- Knoblauch, Hubert (2005):** *Wissenssoziologie.* Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft
- Leggewie, Claus (2007):** *Das Ohr der Macht und die Kunst der Konsultation: Zur Einleitung.* In: **Claus Leggewie (Hrsg.):** *Von der Politik- zur Gesellschaftsberatung. Neue Wege öffentlicher Konsultation.* Frankfurt am Main und New York: Campus, 7–13

- Lombardi, John V. (2000):** *Academic Libraries in a Digital Age*. In: D-Lib Magazine, 6, Nr. 10 (URL: <http://www.dlib.org/dlib/october00/lombardi/10lombardi.html>)
- McCarty, Willard:** *Open Access and its implications for the humanities*. (URL: [http://lists.village.virginia.edu/lists\\_archive/Humanist/v17/0336.html](http://lists.village.virginia.edu/lists_archive/Humanist/v17/0336.html)) – Zugriff am 21.02.2007
- Mohr, Arno (1995):** *Grundzüge der Politikwissenschaft*. München: Oldenbourg Verlag
- Mols, Manfred (1994):** *Politik als Wissenschaft. Zur Definition, Entwicklung und Standortbestimmung einer Disziplin*. In: **Manfred Mols, Hans-Joachim Lauth und Christian Wagner (Hrsg.):** *Politikwissenschaft: Eine Einführung*. Paderborn: Ferdinand Schöningh, 21–59
- Mruck, Katja (2004):** *Internationale Entwicklungspotenziale von Open Access-Journals am Beispiel der Online-Zeitschrift "Forum Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research" (FQS)*. In: *Historical Social Research*, 29, Nr. 1, 238–246
- Naßmacher, Hiltrud (1994):** *Politikwissenschaft*. München: Oldenbourg Verlag
- Nullmeier, Frank (2007):** *Neue Konkurrenzen: Wissenschaft, Politikberatung und Medienöffentlichkeit*. In: **Claus Leggewie (Hrsg.):** *Von der Politik- zur Gesellschaftsberatung. Neue Wege öffentlicher Konsultation*. Frankfurt am Main und New York: Campus, 171–180
- Schirmbacher, Peter (2005a):** *Die neue Kultur des elektronischen Publizierens*. In: *cms-journal*, Nr. 27, 19–22
- Schirmbacher, Peter (2005b):** *Die neue Kultur des elektronischen Publizierens*. In: **Erland Kolding Nielsen, Klaus G. Saur und Klaus Ceynowa (Hrsg.):** *Die innovative Bibliothek. Elmar Mittler zum 65. Geburtstag*. München: K. G. Saur, 107–119
- Schirmbacher, Peter (2005c):** *Open Access – die Zukunft des wissenschaftlichen Publizierens*. In: *cms-journal*, Nr. 27, 3–7
- Schmidt, Birgit (2006):** *Geschäftsmodelle des Open Access-Publizierens: Welche Perspektiven bieten sich hier für Bibliotheken?* (URL: [http://www.bibliothek-saur.de/preprint/2006/ar2394\\_schmidt.pdf](http://www.bibliothek-saur.de/preprint/2006/ar2394_schmidt.pdf)), Preprint für Bibliothek Forschung und Praxis
- Schneider, Gerhard (2004):** *Open Access als Prinzip wissenschaftlicher Publikation*. In: *Historical Social Research*, (URL: <http://omnibus.ruf.uni-freiburg.de/~gjas/publikationen/OpenAccess.pdf>)



- Schwarzmann, Igor:** *Politische Blogs in Deutschland: Ist da was? Interview mit Jan Schmidt.* (URL: <http://www.blogpiloten.de/2006/12/21/politische-blogs-in-deutschland-ist-da-was/>) – Zugriff am 21.02.2007
- Seibold, Balthas (2004):** *Verfügbar, verständlich und relevant – was Nutzer in Entwicklungsländern von Onlineinhalten erwarten.* In: **Klaus Beck, Wolfgang Schweiger und Werner Wirth (Hrsg.):** *Gute Seiten - schlechte Seiten. Qualität in der Onlinekommunikation.* München: Reinhard Fischer, 168–189
- Siedschlag, Alexander:** *Politologische Annäherungen an die digitale Demokratie - Ein Kommentar zum Forschungsstand.* (URL: [http://amor.cms.hu-berlin.de/~h0936dbk/iup\\_sota.pdf](http://amor.cms.hu-berlin.de/~h0936dbk/iup_sota.pdf)) – Zugriff am 19.12.2006
- Stein, Dieter (2004):** *Von Email zu Ejournal. Bemerkungen zum Innenleben eines Kulturwandels. Vortrag zum "DIPP – Launch" ("Digital Peer Publishing") Initiative des Landes Nordrhein-Westfalen.* (URL: <http://www.dipp.nrw.de/neues/erg/VortragStein.pdf>) – Zugriff am 11.01.2007
- Steinhauer, Eric W. (2007):** *Hybrides Publizieren. Grundlagen und Perspektiven eines interessanten Modells zur Verbreitung von Hochschulschriften und wissenschaftlichen Monographien.,* Preprint für BuB
- Suber, Peter (2003):** *How should we define "open access"?* In: SPARC Open Access Newsletter,, Nr. 64 (URL: <http://www.earlham.edu/~peters/fos/newsletter/08-04-03.htm>)
- Swan, Alma und Sheridan Brown (2003):** *Authors and electronic publishing: what authors want from new technology.* In: *Learned Publishing*, 16, Nr. 1, 28–33
- Unsworth, John (1997):** *The Importance of Failure.* In: *The Journal of Electronic Publishing*, 3, Nr. 2 (URL: <http://www.press.umich.edu/jep/03-02/unsworth.html>)
- Vowe, Gerd und Markus Seifert:** *Internet führt zur Politisierung - teilweise.* (URL: <http://www.politik-digital.de/edemocracy/netzkultur/web20/vowe051222.shtml>) – Zugriff am 12.12.2006
- Vowe, Gerhard (2004):** *Der Informationsbegriff in der Politikwissenschaft. Eine historische und systematische Bestandsaufnahme.* (URL: <http://www.sowi.uni-duesseldorf.de/HHU/fakultaeten/phil/sowi/mewi/mewil/publikationen/Dokumente/infobegriff>)
- Vowe, Gerhard und Martin Emmer:** *Elektronische Agora? Digitale Spaltung? – Der Einfluss des Internet-Zuganges auf politische Aktivitäten der Bürger. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung.* (URL: <http://www.db-thueringen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-6697/Agora.pdf>) – Zugriff am 12.12.2006

- Walter, Franz (2006):** *Fachsuaheli auf Marmorklippen*. In: Der Spiegel Online, [⟨URL: http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/0,1518,412422,00.html⟩](http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/0,1518,412422,00.html)
- Wilson, Myoung C. (2005a):** *Zeitschriftenpublikationen in der Bibliotheks- und Informationswissenschaft: Das "moralische und fachliche" Dilemma in der Bibliothekare, Reformen in der wissenschaftlichen Kommunikation durchzuführen*. In: Wissenschaftskommunikation im Netzwerk der Bibliotheken. Berlin: BibSpider, 29–42
- Wilson, Richard W. (2005b):** *Das INTERNET: Globale Veränderungen in der politikwissenschaftlichen Forschung*. In: Wissenschaftskommunikation im Netzwerk der Bibliotheken. Berlin: BibSpider, 51–65
- Woll, Christian (2005a):** *Optimierungspotenziale bei der praktischen Umsetzung von Open Access*. In: Knowledge eXtended. Die Kooperation von Wissenschaftlern, Bibliothekaren und IT-Spezialisten. 3. Konferenz der Zentralbibliothek, 2. - 4. November 2005. [⟨URL: http://eprints.rclis.org/archive/00005025/01/Optimierungspotenziale\\_OA.pdf⟩](http://eprints.rclis.org/archive/00005025/01/Optimierungspotenziale_OA.pdf), 135–151
- Woll, Christian (2005b):** *Wissenschaftliches Publizieren im digitalen Zeitalter und die Rolle der Bibliotheken*. Band 46, Kölner Arbeitspapiere zur Bibliotheks- und Informationswissenschaft. Köln: Fachhochschule Köln [⟨URL: http://www.fbi.fh-koeln.de/institut/papers/kabi/volltexte/Band046.pdf⟩](http://www.fbi.fh-koeln.de/institut/papers/kabi/volltexte/Band046.pdf)